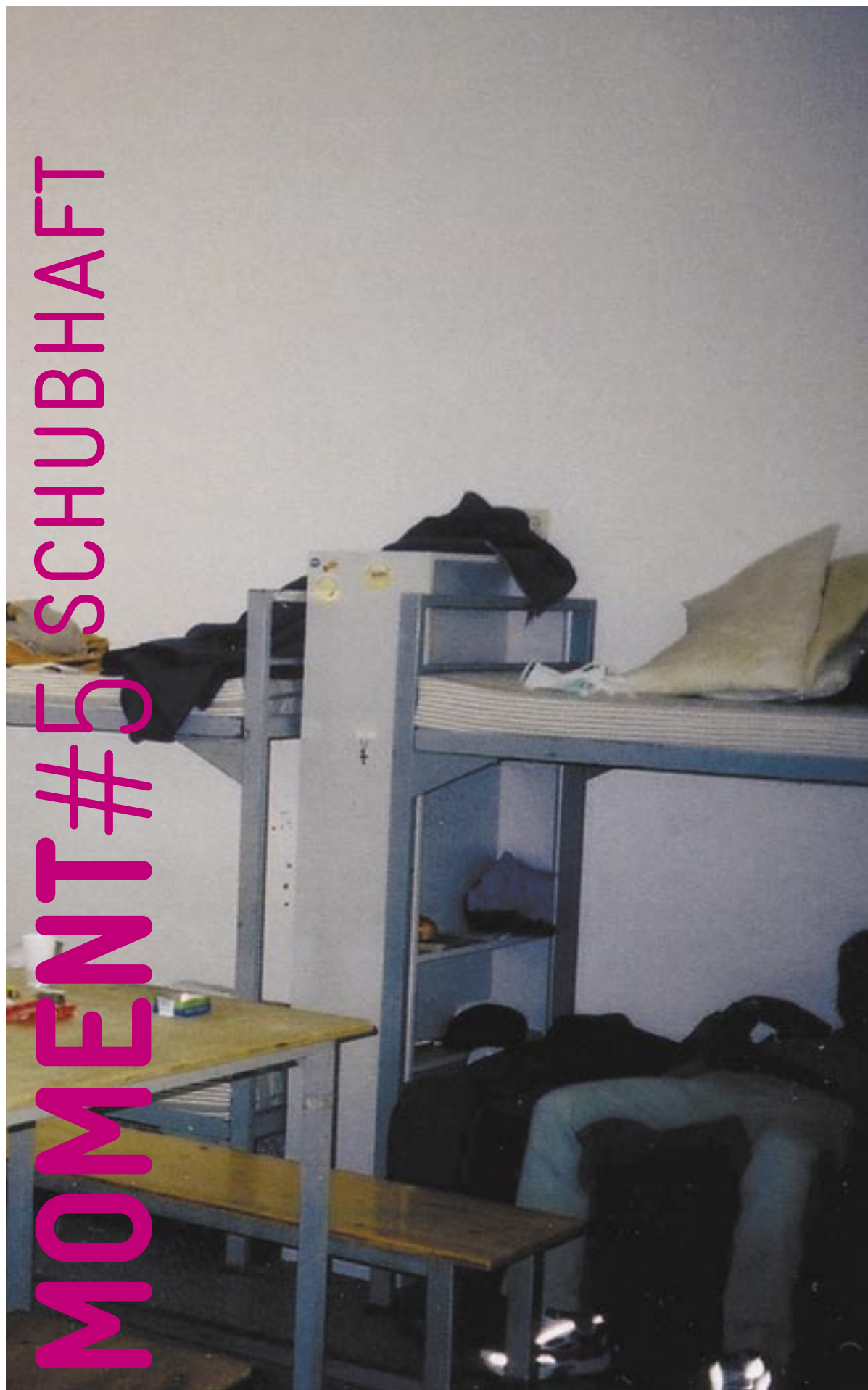


TINA LEISCH DECKT AUF, WAS SCHUBHAFT VERBIRGT  
ANDREAS GÖRG FRAGT, WER SCHUBHAFT WILL?  
WAS PASSIERT, WENN ROBERT MISIK POLIZISTEN VERPRÜGELT  
CORINNA MILBORN FORDERT ASYLGRUND HUNGER  
ERHARD BUSEK FÜR ZIVILEN UMGANG STATT BRUTALITÄT

# MOMENT #5 SCHUBHAFT





Depression.at  
Ihr starker Partner



Lundbeck Austria GmbH  
[www.lundbeck.at](http://www.lundbeck.at)

## DAS SCHANDURTEIL

Robert Misik

Man stelle sich vor: Ich und zwei meiner Freunde schnappen uns einen der Polizisten, die Bakary J. schwer misshandelten und stellen mit ihm etwa das an, was er mit dem schwarzen Schubhäftling anstellte: Wir schlagen ihm das Auge halb aus, brechen ihm den Kiefer, fahren ihm mit dem Auto gegen den Kopf. Dafür würden wir also, wenn es denn rechtsstaatlich zuginge in diesem Land, zu acht Monaten Haft verurteilt – bedingt.

Meine Prognose: würden wir natürlich nicht. Denn mit dem rechtsstaatlichen Bewusstsein ist es nicht weit her in diesem Land, das hat der Prozess und das Drumherum um das Verfahren gegen die drei Folterpolizisten gezeigt. Von der Innenministerin abwärts, die ablehnte, sich bei dem Misshandelten zu entschuldigen, weil dieser schließlich doch „ein Drogendealer“ sei. Die rechtsstaatliche Fragwürdigkeit zieht sich bis in den harten Kern der Gesetzgebung, die solche milden Urteile überhaupt möglich macht – ein Faustschlag eines Polizisten wird letztlich als weniger strafwürdig angesehen als der eines Betrunkenen am Würstelstand. Mir scheint das irgendwie verkehrt. Und dann die „Organe der Rechtssprechung“, allen voran der agierende Richter. Irgendwelche Rechnungen müssen in dessen Kopf abgelaufen sein, die sich zu einer ganzen Reihe „mildernder Umstände“ summierten. Man will sich gar nicht ausmalen, welche „mildernden Umstände“ das waren. Dass die Täter Amtsträger der Republik sind, gilt als mildernd, statt als strafverschärfend. Vielleicht auch, dass das Opfer „nur“ ein Schwarzer war? Aber natürlich, tun wir nicht so, als gäbe es daran auch nur den Hauch eines Zweifels. Hätten sie einen Schäferhund gequält, formulierte ein Menschenrechtsanwalt treffsicher, hätte das Urteil nicht milder ausfallen können.

Österreich ist ein Land, das sich den entwickelten westlichen, liberalen Demokratien zurechnet; es ist seit mehr als zehn Jahren Mitglied der Europäischen Union, jener politischen Großformation, die auch eine „Idee“ sein will – die die Idee verkörpern will, dass die Menschenrechte gewahrt und verteidigt gehören, dass das Recht des Stärkeren aus dem gesellschaftlichen und internationalen Leben verbannt gehört. Österreich ist jenes Land in der Europäischen Union, das seit dem Prozess gegen Bakary J. drei geständige Folterpolizisten hat – das Amtsträger im Dienst der Republik hat, die sich nicht nur dem Vorwurf des menschenrechtswidrigen Agierens ausgesetzt sehen, sondern an deren menschenrechtswidrigen Agieren nicht eine Prise Zweifel besteht. Und in dem jetzt auch kein Zweifel mehr besteht, als was das gilt: als Kavaliersdelikt.

Ein solcher Fall, ein solcher Prozess und ein solches Urteil in der Türkei – und der EU-Aspirant wäre wieder ein paar Schritte weiter vom Beitritt zur Union entfernt.

Aber in Österreich, da regt das kaum jemanden auf. Man weiß ja, der Korpsgeist in der Polizei und die schützende Hand, die hier die Gerichte über ihre Kollegen in Grün halten. Der gelernte Österreicher weiß doch was Checks und Balances hierzulande bedeuten – dass eine Krähe der anderen kein Auge aushackt. Da zucken wir Österreicher mit den Achseln. So ist das halt.

Und so lange das so ist, werden solche Schandurteile gesprochen werden, ohne dass sie laut als Schandurteile identifiziert werden.



- 3 PRÜGELN OHNE FOLGEN** → Robert Misik
- 5 EDITORIAL, IMPRESSUM Wer will Schubhaft?**
- 7 REAKTIONEN**
- 8 HANDLUNGSBEDARF MigrantInnen-Partei gründen!**

## Dossier: Schubhaft

- 10 Wer nicht vom Himmel, fällt hat schlechte Karten **Schubhaftbetrachtungen** → Tina Leisch
- 13 Gefahr Migration → Kommentar von Sebastian Schumacher über den Hang zur Sicherheit
- 15 Ich fordere offenen Vollzug! **Der UN-Sonderberichterstatter für Folter äußert Kritik** → Ernst Pohn
- 16 Persönlichkeit zerstören **Erwing Goffmans Klassiker Asyle** → PHS
- 17 Verfolgte schützen **Folteropfer vor Abschiebung bewahren** → Michael Genner
- 18 Die besten Attraktionen Wiens **Vom Riesenrad zum Hernalser Polizeigefängnis** → Elisabeth Prokopil
- 20 Der Menschenrechtsverein, den sich das Innenministerium leistet → Philipp Sonderegger
- 22 Rechtsberatung ist verboten **Was trotzdem möglich ist: ein Interview mit Christoph Riedl** → Ernst Pohn
- 24 Poster **Am Ende. Österreich.**
- 27 Z bis A der Schubhaft → Daniela Koweindl, Ingrid Ulbrich
- 28 Das Unrecht hat Namen und Adresse **Von Schreibtischtätern mit Mission** → Michael Genner
- 29 Vor dem Hungertod geflüchtet **Warum Hunger ein Asylgrund sein muss** → Kommentar Corinna Milborn
- 30 Bevölkerungsmehrheit gegen Schubhaft **Mal ehrlich: wer ist für Schubhaft?** → Kommentar Andreas Görg
  
- 32 HOCHZEITSMARSCH GEHT WEITER Initiative Ehe ohne Grenzen weitet sich aus** → Ernst Pohn
- 34 HEIMATIDYLLE MIT TÖDLICHEN FOLGEN Schlüssel auf den Spuren Huntingtons** → Martin Wassermair
- 36 WEDER AFRIKANER NOCH ÖSTERREICHER Von der heimischen Hautfarbenfixierung** → Simon Inou
- 39 SHAKING NEWS EU plant Abnahme von Kinder-Fingerabdrücken**
- 40 LIMITED LOUNGE Der Kulturgastgasten für Illegale im Zentrum Wiens** → Anita Szaffich
- 42 LIMITED LOUNGE Arno Pilgram über die Leistung von Drogendealern** → Andreas Hackl
- 43 DAS GROSSE SCHUBHAFTRÄTSEL**
- 44 DIE FAMILIENSEITE**
- 45 P(H)S Streifzüge von der Vorarlberger Poolbar an die Alte Donau**
- 46 ANDERE ÜBER SOS MITMENSCH Erhard Busek ortet dringenden Bedarf an Weltethos in Österreich**

# #5



**MOMENT Redaktion** c/o SOS Mitmensch  
Zollergasse 15, 1070 Wien  
T +43.1.524 99 00, F +43.1.524 99 00-9  
redaktion@moment.or.at  
www.moment.or.at

**Redaktion** Gunnar Landsgesell (Leitung),  
Petja Dimitrova, Philipp Sonderegger (phs),  
Ingrid Ulbrich, Sabine Zhang

**AutorInnen dieser Ausgabe** Erhard Busek,  
Michael Genner, Andreas Görg, Andreas  
Hackl, Simon Inou, Daniela Koweindl, Tina  
Leisch, Corinna Milborn, Robert Misik, Melanie  
Ossberger, Ernst Pohn, Sebastian Schumacher,  
Anita Szaflich, Martin Wassermair

**Art Direktion** Christof Nardin  
**Layout** Agnes Steiner  
**Fotografie** Petja Dimitrova (Leitung), Monika  
Morawetz, Cornelia Stocker, no-racism.net,  
Lisa-Marie Gotsche, Marcell Nimführ,  
**Lektorat** Christoph Strolz  
**Druck** Luigard GmbH  
**Anzeigen** Sabine Zhang (Leitung),  
Isabell Bickel  
anzeigen@sosmitmensch.at  
T +43.1.524 99 00-17

**Abos** Sabine Zhang  
T +43.1.524 99-66, abos@moment.or.at

**Vertrieb** Der Standard, 55.000 Stück  
Die Bunte Zeitung, 20.000 Stück  
Freie Verteilung, 25.000 Stück

**Herausgeberin** SOS Mitmensch  
Postfach 220, 1070 Wien  
T +43.1.524 99 00, F +43.1.524 99 00-9  
office@sosmitmensch.at  
www.sosmitmensch.at

**Auflage** 100.000 Stück  
**Spenden** PSK 60000 Kto 91.000.590

**Offenlegung** MOMENT versteht sich als Medium  
von SOS Mitmensch gegen Rassismus und  
Diskriminierung, für Menschenrechte,  
Demokratie und Migration. Der Nachdruck der  
Beiträge ist bei Nennung der Quelle und  
Übersendung von Belegexemplaren  
ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright  
nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der  
Fotografien liegen bei den UrheberInnen.



Keine Gitter für Flüchtlinge! Foto Petja Dimitrova

**WER WILL SCHUBHAFT?** Kennen Sie eine Asylwerberin? Ihre  
Fluchtgründe? Das Schubhaftgefängnis im Umfeld ihrer Wohngegend? Nein? Sicher, dass  
Sie nicht ständig an einem vorbeifahren? Wissen Sie, warum die Menschen darin eingesperrt  
sind? Ach so, weil sie kriminell sind? Da liegen Sie aber falsch.

Das Dossier der vorliegenden Ausgabe von MOMENT versucht, etwas Klarheit in schrille  
Wahlkampfretorik und politische Mythen zu bringen. Erstaunlich, wie Österreich bei die-  
sem Thema die Wahrnehmung verändert hat: Von der stolz geleisteten humanitären Hilfe  
während der Krisen in Ungarn 1956, Tschechoslowakei 1968 und Polen 1980/81, wo Hun-  
derttausende aufgenommen wurden, sind wir beim ängstlich bis hysterisch vorgebrachten  
Sicherheitsaspekt angelangt. Aufgreifen, in Schubhaft sperren, abschieben ist der dazu  
passende Reflex. Was Wunder, wenn sich das Innenministerium mittlerweile einen eigenen  
Menschenrechtsverein hält, der, ganz willfährig und zahnlos agiert.

Was es braucht, um in Schubhaft zu landen, führt Tina Leisch vor Augen. Wie es in diesen  
ausgemusterten Polizeigefängnissen zugeht, erklärt Christoph Riedl vom Flüchtlingsdienst  
der Diakonie. Warum in Wahrheit aber niemand Schubhaft will und selbst die Politik diese  
am liebsten ausblendet, analysiert Andreas Görg. Dass diese Praxis letztlich unhaltbar ist  
und einer schleunigen Einführung des offenen Vollzugs weichen muss, fordert UN-Sonder-  
berichterstatter für Folter Manfred Nowak. Corinna Milborn setzt noch einen Schritt früher  
an: Sie denkt vor, dass jeder dem die Flucht vor dem Hungertod gelingt, ein Anrecht auf Asyl  
hat. Wie wenig Bewusstsein und Ausbildung bei Behörden aber herrscht, zeigen Exzesse  
wie jener an Bakary J. Robert Misik denkt den Fall weiter: Welche Strafe würde ihm der  
Rechtsstaat zusprechen, wenn er sich einen Polizisten schnappt und ihn halb tot schlägt.  
Willkommen in der Realität!

Gunnar Landsgesell  
gunnar.landsgesell@moment.or.at



Piktogramm: Andrea Ressi, 2006

Zeigen wir rassistische Beschmierungen auf, damit die Stadt Wien das Problem endlich löst. Bilder von rassistischen Beschmierungen mit Ortsangabe per E-Mail oder MMS an [rs@sosmitmensch.at](mailto:rs@sosmitmensch.at) senden.

## REAKTIONEN

zu MOMENT#4, Dossier: Ehe ohne Grenzen

### BINATIONALE EHE-PAARE

Hallo, danke für die Geschichte über binationale Ehepaare. Ich finde es unglaublich, dass man im 21. Jahrhundert nicht mehr mit dem Menschen zusammenleben darf, den man liebt. Ich lerne jemanden kennen und heirate ihn oder sie und muss dennoch getrennt über vielleicht Tausende Kilometer leben, weil mir irgendein Staat das verbietet? Das klingt echt nach Mittelalter – nur gab es da noch gar keine tolle Erfindung der nationalen Grenzen!

Herbert Lang, Wien

Liebe MOMENT-Redaktion, die Situation binationaler Ehepaare ist relativ unbekannt dafür, dass davon viel mehr Menschen betroffen sind, als man glaubt. Eine Freundin von mir hat einen Amerikaner geheiratet und hat einige Jahre mit ihm in den USA gelebt. Sie wollen nun nach Österreich ziehen, jedoch darf er sich nicht hier niederlassen, weil sie die absurde Gehaltshöhe nicht erreicht. Und wie sollte er in Österreich einen Job finden, wenn er nicht einreisen darf?

Alexandra M., Wien

Ich habe schon ein paar MOMENT-Hefte verfolgt und empfinde es als echte Bereicherung, vor allem die letzte Nummer über binationale Ehepaare ist genial. In welchem Medium wird ein Thema, das bewusst als „Randgruppenthema“ abgetan wird, in

solcher Breite behandelt? Wer weiß, dass schon 25 Prozent geschlossener Ehen binational sind, weiß auch, dass das schon lange kein Randthema mehr ist. Ich gratuliere und möchte ein Abo bestellen.

Edith Baranyai, Wien

Betrifft: MA 20 – die geerbten Aktenberge

Wie ist es möglich, Akten von der Fremdenpolizei an eine andere Behörde zu verschieben und sich damit fein aus der Affäre, die Betroffenen aber erst so richtig hineinzuziehen? Gibt es hier keine Möglichkeit, die sogenannten Verantwortlichen für ihr absichtliches oder unabsichtliches (noch schlimmer) Chaos-Management tatsächlich zur Verantwortung zu ziehen? Das ganze klingt absurd!

Werner G., Graz

### RASSISTISCHE BESCHMIERUNGEN

Interessanter Vergleich, wie andere Städte mit rassistischen Beschmierungen auf Hauswänden umgehen. Dass die Stadt Wien dafür einen Fonds einrichtet, halte ich aber für so wahrscheinlich wie dass sie es nach vielen Jahren schafft, Hundswürstl durch HundebesitzerInnen beseitigen zu lassen. Ich war unlängst in New York, dort ist es selbstverständlich, dass die Leute den Dreck ihrer Hunde beseitigen. Wer das nicht tut, würde sozial geächtet. Ich glaube, bei uns ist das weder

bei rassistischen Schmierereien noch bei Hundescheiße der Fall. Ein Versagen der Politik?

Claudia Schicker, Weyr

### DER EMO-KOEFFIZIENT

Was R. Misik über die Logik und das Funktionieren der Medien schreibt, stimmt haargenau. Im Vordergrund steht doch immer der Verkaufswert im kommerziellen und journalistischen Sinn. Wo aber wird wirklich versucht, in der Realität zu intervenieren?

Gerald S., München

### MOMENT-VERTRIEB

Hallo! Wo kann ich bitte das MOMENT erhalten?

Sieglinde Riemer, Salzburg

MOMENT lag zuletzt mit 65.000 Stück der Presse und mit 55.000 Stück dem Standard bei. Zudem

wird MOMENT durch KolporteurInnen der Bunten Zeitung vertrieben und liegt in vielen Lokalen und Einrichtungen auf. Nachzulesen ist MOMENT auch auf [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

### ZU HERRN BRICHTA

Habe den Fall Brichta im ORF und in Printmedien verfolgt. Mich würde interessieren, was am Ende herausgekommen ist. Durfte seine Frau wieder nach Österreich zurück?

Christiane Tirtscher, Innsbruck

Nein. Frau Brichta ist weiterhin in China, das Ehepaar wartet immer noch auf die positive Erledigung des Falles.

**MOMENT Redaktion**  
c/o SOS Mitmensch  
Zollergasse 15, 1070 Wien  
[reaktion@moment.or.at](mailto:reaktion@moment.or.at)



MOMENT#4 Dossier: Ehe ohne Grenzen. Brautsträuße vor dem Innenministerium.  
Foto Monika Morawetz

# MIGRANTINNEN-PARTEI

→ Wer im politischen System nicht repräsentiert ist, kann seinen/ihreren Interessen nur schwer zum Durchbruch verhelfen. Von der erwachsenen Bevölkerung sind jene rund zehn Prozent von Wahlen ausgeschlossen, die keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen – egal wie lange sie noch hier sein werden.

Wer sich nicht wehren kann, wird auch leichte Beute für Sündenbockpolitik. Dementsprechend werden „Ausländer“ auch zu Verursachern sämtlicher sozialer Probleme gemacht, die die Republik in den vergangenen Monaten beschäftigten: Pisa – die Ausländerkinder; Arbeitsmarkt – die 800 ausländischen Langzeitarbeitslosen; Kriminalität – die AsylwerberInnen; fehlende Studienplätze – die Deutschen.

Seit einigen Jahren findet sich ein versprengtes Häuflein von Menschen mit Migrationshintergrund auf den Listen diverser Parteien. Doch der Verwirklichung des demokratischen Grundsatzes, wonach alle, für die Gesetze gelten, auch an ihrer Entstehung beteiligt sein müssen, hat es bislang wenig geholfen. Zu gering ist die Angst vor dem Verlust von Stimmen.



Daran könnte eine MigrantInnen-Partei etwas ändern. Bis zu zehn Prozent könnte eine Kleingewerbe-Partei mit türkischem Spitzenkandidaten und den Schwerpunkt-Themen Integration, Familie sowie Unter-

nehmertum hinter sich versammeln. Aus eigenem Interesse würde diese Partei – einmal im Parlament – Bündnisse für ein allgemeines Wahlrecht finden. ....

# „AUSLÄNDER“-HAFT

→ In unserem Rechtsverständnis wird Freiheitsentzug verhängt, um einen Verstoß gegen rechtlich geschützte Normen zu ahnden. Es ist die schärfste Sanktion, die der Rechtsstaat kennt. Doch es gibt auch Ausnahmen: Falls Gefahr besteht, ein/e Verdächtige/r könne erneut Straftaten setzen oder sich der Verfolgung entziehen, kann Untersuchungshaft verhängt werden. Die Notwendigkeit des Grundrechtseingriffs muss freilich einer Haftprüfung unterzogen werden. Bei Mittellosigkeit steht ein/e PflichtverteidigerIn zur Verfügung.

Zweite Ausnahme: Auch zur Sicherung einer Abschiebung dürfen Menschen gemäß österreichischem Rechtssystem eingesperrt werden. Der mächtige Haken daran: Es entscheidet keine RichterInnen über die Inhaftierung, sondern die Streifenpolizei. Zudem fehlt sowohl

eine Haftprüfung wie auch die Pflichtverteidigung. Die größte Schubhaft-Betreuungsorganisation sieht es nicht als ihre unbedingte Aufgabe an, Rechtsbeistand zu vermitteln. In der Praxis fehlen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Schubhaft. Das führt zu Exzessen: Schubhaft wird über Menschen verhängt, die gar nicht abgeschoben werden dürfen; sie wird zur Identitätsfeststellung und als Schikane verhängt.

Der gravierendste Punkt: Die Schubhaft folgt nicht auf ein begangenes Delikt. Es braucht nicht einmal den Verdacht eines Gesetzesverstosses als Grund für die Inhaftierung. Schubhaft wird über Menschen verhängt, weil sie keine ÖsterreicherInnen sondern „Ausländer“ sind – es ist eine „Ausländer“-Haft. Nennen wir's beim Namen. ....



## HANDLUNGSBEDARF

# VOLLMONDE



Die Schadenfreude war beträchtlich. Ein Politiker war einem gefälschten Brief aufgesessen und warf seinem Konkurrenten in der ORF-Konfrontation vor, dessen Partei fordere Halbmonde statt Gipfelkreuzen. Genüsslich berichteten Medien, wie der Spitzenkandidat einer Spaßguerilla auf den Leim gegangen war. Der Eindruck machte sich breit, eine solche Forderung sei absurd, wer sie für realistisch halte, sei ein politischer Naivling. Aus menschenrechtlicher Sicht hat die Lachnummer beträchtlichen Kollateralschaden hinterlassen: Was nützt die Verhöhnung des rechten Randes, wenn gleichzeitig ein Konsens gefestigt wird, über den keiner herrschen sollte! Dürfen Kreuze auf Berggipfeln nicht hinterfragt werden? Mit der Ironisierung der angeblichen Gefahr muslimischer Symbole im öffentlichen Raum wird die Position tabuisiert, die Kreuze auf Gipfeln nicht für selbstverständlich hält. Dabei wäre in Zeiten wie diesen eine Auseinandersetzung um die Verankerung religiöser Zeichen und Rituale in der Alltagskultur durchaus angebracht. Ist das Grüß-Gott auf der Tonbandschleife der Vorarlberger Landesregierung nun Ausdruck einer christlichen Schlagseite oder einfach ein säkulares Zeichen der Alltagskultur, wie das saloppe Servus? Das Anwachsen der muslimischen Gemeinde ist ein guter Anlass, das Verhältnis von Kirchen, Staat und Öffentlichkeit neu zu bestimmen. Notwendig ist es ohnedies. ....



**WAHLEMPFEHLUNG: MACHEN SIE DIESMAL EINEN HALBMOND STATT EINEM KREUZ.**

## AUSWEITUNG DER PFLEGEDEBATTE



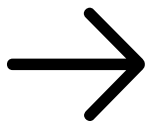
Vielleicht war es ein Pyrrhussieg. Nun sollen „ordentliche Verhältnisse“ im Pflegewesen geschaffen werden. Die geplanten Maßnahmen münden jedoch eher in die Legalisierung von Billigarbeit als in arbeitsrechtliche Absicherung von Pflegekräften. Wer soll die künftig anfallenden Sozialabgaben begleichen? Die öffentliche Hand, die

zu Pflegenden oder die PflegerInnen? Wenn nicht beträchtliche Mittel locker gemacht werden, droht die Legalisierung eines Parallel-Arbeitsmarktes mit geringeren Sozialstandards. Das Thema sollte auch aus einem weiteren Grund nicht so schnell vom Tisch. Illegale Beschäftigung nur in der Pflege zu vermuten, scheint einigermaßen naiv. Es ist viel eher davon auszugehen, dass der Tou-

rismus, die Gastronomie und die Baubranche zusammenbrechen würden, wenn alle illegal Beschäftigten außer Landes geschafft würden. Also bitte: Eine Ausweitung der Pflege-debatte ist fällig. ....

Im vergangenen Jahr wurden in Österreich 7.463 Menschen in Schubhaft gesperrt. Menschen, über die ein Aufenthaltsverbot verhängt wurde, die sich also ohne Erlaubnis in Österreich aufhalten. Der größte Teil der Schubhäftlinge hat sich nichts anderes zuschulden kommen lassen, als in Österreich anwesend zu sein. Es sind „Papierlose“, die im dicht gewebten Paragrafenzaun des Fremdenrechts keine Lücke gefunden haben, um ihr Leben in Österreich auch mit den nötigen Dokumenten zu legalisieren. In diesem Jahr wird die Zahl der Schubhäftlinge um einige Tausend steigen, obwohl die Zahl der Asylanträge stark sinkt. Mit dem neuen Fremdenrecht können Asylwerber interniert werden, noch während über die Zulassung ihres Asylantrags entschieden wird.

Text Tina Leisch Fotos no-racism.net



Wer am Sonntag Nachmittag einen Ausflug ins Reich der großen Erbarmungslosigkeit machen möchte, begeben sich zum Polizeigefangenenhaus Hernalser Gürtel, nehme den Eingang Breitenfeldergasse und stelle sich in die Schlange der Wartenden, z.B. hinter einen jungen Russen, der seinen Freund besuchen möchte. Ob er einen Ausweis hat? Er kann nur einen Bibliotheksausweis vorweisen. „Was glauben Sie überhaupt wo Sie sind, entweder zeigen S' sofort einen amtlichen Lichtbildausweis oder Sie können gleich da bleiben“, fährt ihn die grimmige blonde Beamtin hinter der Glasscheibe an und schnippt ihm den Bibliotheksausweis mit spitzen Fingern und angewidert Miene zurück. Der junge Mann geht „den Führerschein aus dem Auto holen“ und kommt nicht mehr wieder. Der nächste, Herr Khan aus Bangladesch, hat drei Bücher für seinen Landsmann Tamiz Hussein\* dabei. „Glauben Sie, wir sind hier im Kasperltheater? Glauben Sie, wir rennen nur für Sie da den ganzen Tag rauf und runter?“ Khan hatte am Vormittag schon Geld und eine Telefonwertkarte für seinen Freund gebracht. Besuchen darf er ihn erst nächste Woche: Besuchstag für die

Anfangsbuchstaben A – K ist nur Samstag. Melanie Schneider\* besucht ihren afrikanischen Geliebten. „Er sitzt schon seit drei Monaten da. Und wir dürfen uns nur einmal in der Woche eine halbe Stunde sprechen, mit einem Telefon durch die Trennscheibe. Anrufen darf er auch nur einmal in der Woche. Warum darf er nicht sein Handy haben? Warum dürfen wir uns nicht länger sehen?“

Zwei Stockwerke darüber sitzt indes Tamiz Hussein und wundert sich, dass sein Freund ihm nicht die versprochenen Bücher bringt. Lesen wäre eine ersehnte Abwechslung vom erzwungenen Nichtstun. Tags, wenn er untätig in der Zelle sitzen muss und nachts, wenn er nicht schlafen kann, weil sieben andere Männer im Raum husten, stöhnen, schnarchen, fragt sich Tamiz Hussein, wieso er nach zehn Jahren Aufenthalt in Österreich plötzlich wie ein Verbrecher hinter Gittern sitzt, weshalb er eigentlich abgeschoben werden soll? Seine Anwältin hatte doch sogar schon einen Antrag auf Österreichische Staatsbürgerschaft eingebracht.

#### **Verbrechen: Anwesenheit**

Im vergangenen Jahr wurden in Österreich 7.463 Menschen in Schubhaft gesperrt. Menschen, über die ein Aufenthaltsverbot

verhängt wurde, die sich also ohne Erlaubnis in Österreich aufhalten. Asylsuchende, deren Asylanträge in der letzten Instanz vor dem Unabhängigen Bundesasylsenat (UBAS) abgelehnt wurden und illegal Eingewanderte, die aufgegriffen wurden. Auch MigrantInnen, über die ein Aufenthaltsverbot verhängt wurde, weil sie straffällig geworden sind. Der größte Teil der Schubhäftlinge allerdings hat sich nichts anderes zuschulden kommen lassen, als in Österreich anwesend zu sein. Es sind „Papierlose“, die im dicht gewebten Paragrafenzaun des Fremdenrechts keine Lücke gefunden haben, um ihr Leben in Österreich auch mit den nötigen Dokumenten zu legalisieren.

In diesem Jahr wird die Zahl der in Schubhäftlinge um einige tausend steigen, obwohl die Zahl der Asylanträge stark sinkt. Schuld daran ist das mit 1. Jänner 2006 in Kraft getretene neue Fremdenrecht. Seither können Asylwerber schon interniert werden, während überhaupt erst über die Zulassung ihres Asylantrags entschieden wird. Das betrifft vor allem sogenannte Dublin-„fälle“, also Menschen, die schon in einem anderen Staat der EU registriert wurden und deshalb in Österreich nicht zum Asylverfahren zugelassen werden. Oder Leute, die aus angeblich sicheren Dritt-

# WER NICHT VOM HIMMEL FÄLLT, HAT SCHLECHTE KARTEN



staaten eingewandert sind und deshalb in Österreich nicht geduldet werden. Egal aus welchem dringendem Grund sie auch hier sein mögen.

### Beliebige Einschätzungen

Da allerdings Österreich nur von Dublin- und sicheren Drittstaaten umgeben ist, bedrohen diese neuen Bestimmungen fast alle Asylsuchenden. Für viele Flüchtlingsgruppen ist das ein Desaster. So wurden in den letzten Jahren 95 Prozent aller tschetschenischen Flüchtlinge in Österreich als politisch Verfolgte anerkannt und es wird ihnen Asyl gewährt. In Tschechien und der Slowakei beträgt die Anerkennungsquote nicht einmal fünf Prozent. Mit der Regelung über Dublinstaaten könnten TschetschenInnen höchstens noch mit dem Flugzeug bis ins relativ sichere Österreich gelangen. Kommen sie über den Landweg, sind die durchreisten Länder zuständig und sie können in Österreich, unabhängig davon, welche schlimme Erlebnisse sie hinter sich haben, sofort in Schubhaft genommen werden. Die *asylkoordination Österreich*, die seit 1991 aufmerksam Fremdenrecht und Asylpolitik verfolgt und Flüchtlingshilfsorganisationen und engagierte Einzelpersonen vernetzt, protestiert gegen diese Pauschalschubhaft. Heinz Fronek, Mitarbeiter der *asylkoordination*, findet es besonders skandalös, dass diese Verschärfung auch nachweislich traumatisierte Menschen betrifft. „Man muss sich vorstellen, dass ja viele Flüchtlinge in ihrem Heimatland schlimme Erfahrungen mit Verfolgung durch den Polizeiapparat gemacht haben. Jetzt flüchten sie hierher und werden als erstes wieder eingesperrt. Man bewirkt unter Umständen erneut schwere Traumatisierungen dieser Menschen.“ Asylsuchenden, die schon während des Zulassungsverfahrens inhaftiert werden, wird der Zugang zu kompetenter Rechtsberatung fast verunmöglicht. „Wer gerade angekommen ist, hat ja noch keine Kontakte, keine Bekannten und das Innenministerium

bemüht sich sehr, die Schubhäftlinge von qualifizierter Rechtsberatung fernzuhalten“, sagt Heinz Fronek (siehe Seite 20).

### Armut: Von der Fremdenpolizei verordnet

„In Österreich werden Menschen, die oft einen langen und mühsamen Fluchtweg und anstrengende Zeiten des Sichzurechtfindens im fremden Land hinter sich haben, wie Schwere-Kriminelle behandelt. Ihr Verbrechen ist sehr oft, vor der Armut in ihren Heimatländern geflüchtet zu sein“, sagt Claudia Dietl. Sie hat als ehrenamtliche Mitarbeiterin der ARGE Schubhaft im Innsbrucker Schubgefängnis eine Bibliothek für die Häftlinge eingerichtet. „Wer weder als Schlüsselarbeitskraft auf ein Einkommen über 2.000 Euro hoffen kann, noch hier Verwandte ersten Grades hat, hat als einzige Möglichkeit, legal nach Österreich einzuwandern, das Asylrecht, das nach den Genfer Flüchtlingskonventionen politisch Verfolgten Zuflucht sichert. Aber das Asylrecht hat einen sehr engen Begriff von politischer Verfolgung, der den vielfachen Fluchtgründen gar nicht Rechnung trägt“, meint Dietl. Armut wird als Fluchtgrund nicht anerkannt und damit auch nicht als Anrecht auf Asyl. Armut ist vielmehr ein Argument, Schubhaft zu verhängen. Im Fall der Meldepflicht bei den Behörden oder der Anweisung, ein bestimmtes Gebiet nicht zu verlassen. Wer arm ist, könnte ja den öffentlichen Körperschaften zur Last fallen und stellt in dieser Logik eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und selbst für die nationale Sicherheit dar. Armut ist allerdings in vielen Fällen eine von der Fremdenpolizei verordnete. Lukaumbaku Mbeki\* könnte schon seit Jahren arbeiten und Geld verdienen. Er hätte eine Arbeitsstelle, aber er kann nicht eingestellt werden, weil er zwei Jahre, nachdem er eine Österreicherin geheiratet hat, immer noch kein Visum erhält und jederzeit wieder mit Verhaftung rechnen muss. „Um 6 Uhr früh hat die Polizei die Flüchtlingsunterkunft gestürmt, alle Anwesenden

„GLAUBEN SIE, WIR SIND HIER IM KASPERLTHEATER?“



kontrolliert, mich und zwei weitere Afrikaner mitgenommen“, berichtet der Kongolese in recht gutem Deutsch. Dass er nicht bei seiner Frau zuhause, sondern bei Freunden in der Flüchtlingsunterkunft übernachtet hatte, legt ihm die Fremdenpolizei als Indiz für eine Scheinehe aus. Nach einem Monat in Schubhaft begann er einen Hungerstreik. Nach 17 Tagen in der Einzelzelle und zwölf Kilo Gewichtsverlust entließ man ihn wegen Haftunfähigkeit. Ein Ausweg aus dem Alptraum, der allerdings mit der rechtlichen Zulassung von Zwangsernährung verbaut werden soll. „Ich rechne damit, dass ich jederzeit wieder eingesperrt werde. Weil ich Afrikaner bin, bin ich sowieso verdächtig. Für alles. Ich wurde auch schon einfach so auf der Straße verhaftet, vier Tage ins Gefängnis gesperrt und erst als Harn- und Bluttest auf Drogen negativ waren, wieder entlassen. Einfach so.“

### Geheimpfad Rechtsweg

Das geltende Fremdenrecht durchschaut Lukaumbaku Mbeki nicht: „Ich bin verheiratet. Ich war mit meiner Frau so oft auf allen möglichen Behörden. Peinliche Befragungen über unser Liebesleben. Respektlose Interviews. Vielleicht müssen wir Sex machen auf ihrem Schreibtisch, damit sie uns endlich glauben?“ Er verstehe einfach nicht, warum er immer noch kein Visum habe. „Manche sagen mir, das darf so sein, andere sagen,

die Fremdenpolizei bricht das Gesetz. Ich weiß es nicht.“

Viele AsylwerberInnen haben – wie auch viele ÖsterreicherInnen – keinerlei Vorstellung davon, was sich hinter Begriffen wie Dublinverfahren, Folgeantrag oder Refoulementverbot verbirgt. Nicht nur, weil sie die Sprache schlecht beherrschen, sondern weil sie oft weder das österreichische Rechtssystem noch die Logik des Fremdenrechts durchschauen. Umso dringender sind sie auf rechtskundige Unterstützung angewiesen, wie sie Caritas und Diakonie, ARGE Schubhaft in Tirol, der Flughafensozialdienst oder der Verein Asyl in Not in Wien anbieten. Deren Engagement für ihre Klienten beschert dem Innenministerium freilich lästige Hindernisse auf dem Weg zu möglichst hohen Rückführungsquoten.

### Abschiebe-Highscore als Erfolgsbilanz

Mittlerweile hat das Innenministerium in einigen Schubhaftanstalten einen Menschenrechtsverein installiert, der den ministeriellen Vorstellungen entspricht. Die Beratungsorganisation Verein Menschenrechte Österreich lehnt es ab, Rechtsberatung für Schubhäftlinge zu ermöglichen. Der Gründer und Leiter des Vereins, Günter Ecker, misst den Erfolg seiner Arbeit nicht daran, wie vielen Menschen er behilflich sein konnte, in Österreich Fuß zu fassen. Sondern im Gegenteil, wie viele Menschen er von der Aussichts-

## Gefahr Migration

Seit etwa 15 Jahren werden die Themen Asyl und Migration in der Öffentlichkeit vorrangig als Sicherheitsthema verhandelt. Zuvor war die Zuwanderung von ausländischen Staatsangehörigen ein sozial- und arbeitsmarktpolitisches Thema. Vor dem Hintergrund des Zerfalls der kommunistischen Systeme in Osteuropa kam es zu einem Paradigmenwechsel: Die Migrationspolitik verlagerte sich von der Beschäftigungspolitik hin zur Sicherheitspolitik. Damit wurden auch die langjährigen Akteure der Ausländerpolitik, die Sozialpartner und das Arbeitsministerium, in den Hintergrund gedrängt. Zuständig für die Gestaltung der Zuwanderung war nunmehr und ist bis heute das Innenministerium.

Die Einstufung von Migration als Gefahr für die Innere Sicherheit hat die Legitimation für weitreichende Maßnahmen geschaffen. Ein paar Beispiele: Schutz der Grenzen durch das österreichische Bundesheer. – Nicht vor feindlichen Truppen, sondern vor Flüchtlingen. Eine europäische Grenzschutztruppe tut, was ihr nicht ausdrücklich verboten ist. Der Rechtsstaat ist für MigrantInnen teilweise außer Kraft gesetzt.

Rigoreuse Schubhaftbestimmungen: AsylwerberInnen können bis zu zehn Monate inhaftiert werden, ohne dass sie sich irgendeines Deliktes schuldig gemacht hätten. Vergleichbare Haftzeiten gibt es bei gerichtlichen Verurteilungen erst bei mittelschweren Delikten. Möglichkeit der Zwangsernährung von hungerstreikenden Schubhäftlingen. Schaffung von gerichtlichen Straftatbeständen für Personen, die Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung helfen. -----

Sebastian Schumacher

losigkeit ihrer Bemühungen überzeugen und sie zur freiwilligen Rückkehr ins Heimatland bewegen konnte. Dem algerischen Flüchtling Ben Habra Saharaoui, im Februar 2005 nach zwei Jahren aus der Strafhaft entlassen und tags darauf in Schubhaft gesperrt, war die vermittelte Aussichtslosigkeit offensichtlich unerträglich. Am Tag nach der Beratung wurde er tot in der Zelle aufgefunden. Selbstmord durch Erhängen. Obwohl es viele offene Fragen und Unstimmigkeiten rund um Ben Habra Saharaouis Tod gab, war der Verein Menschenrechte Österreich zusammen mit dem Innenministerium darum bemüht, den Fall nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Die grüne Justizsprecherin Tereziya Stoisits berichtet, dass sie drei Tage später einen zweieinhalbstündigen Rundgang durch das Polizeianhaltzentrum Hernalser Gürtel mit allen Verantwortlichen unternommen habe. Niemand habe dabei auch nur erwähnt, dass sich drei Tage vorher ein Häftling im Hungerstreik erhängt habe. Des Weiteren wird berichtet, dass Vereinsleiter Ecker seinen MitarbeiterInnen ein „Redeverbot“ erteilte.

### UNHCR kritisiert Abschiebepaxis

Das UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) kritisiert, dass in Österreich Schubhaft zu oft verhängt wird. Schubhaft gilt als schwerer Eingriff in die grundlegendsten Persönlichkeitsrechte. Die Behörden behaupten, diese sei zur Vorbereitung der Abschiebung notwendig: um die nötigen Papiere wie Pässe, Heimreisezertifikate, Flugtickets zu besorgen. Claudia Dietl, die fünf Jahre lang in Innsbruck Schubhäftlinge mit Schuhen, Kleidung, Zuspruch und Beratung versorgte, bis am 1. Jänner 2006 auch in Tirol dem Verein Menschenrechte Österreich die Betreuung übergeben wurde, glaubt das nicht. „Warum sitzen denn Leute monatelang in der Schubhaft, die man sowieso nicht abschieben kann, weil man ihre Identität nicht kennt oder die Botschaft des betreffenden Landes überhaupt keine

„ICH RECHNE DAMIT,  
DASS ICH JEDERZEIT  
WIEDER EINGESPERRT  
WERDE ...“



Heimreisezertifikate ausstellt? Ich denke, es geht darum, durch die Inhaftierung Unschuldiger das Bild des kriminellen Migranten zu zementieren, Angst vor ‚den Fremden‘ zu schüren, die als gefährlich und unberechenbar gezeichnet werden. Sodass man sie eben auch einsperren muss, wenn sie nichts getan haben.“ Seit der letzten Fremdenrechtsverschärfung im Jänner 2006 können Menschen bis zu zehn Monate in Schubhaft gesperrt werden. Heinz Fronek hält das für glatten „Wahnsinn“: „Die Erfahrung zeigt: diejenigen, die man in den ersten zwei Monaten nicht abschieben kann, kann man meist gar nicht abschieben. Über diese zwei Monate hinaus dient die Schubhaft als Beugehaft. Man möchte die Leute mürbe machen, Menschen, die ihre Identität nicht preisgeben, um nicht abgeschoben zu werden, so lange einsperren, bis sie aufgeben.“ Nicht zuletzt daraus resultieren Verhältnisse in den Schubgefängnissen, die das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter in seinem Bericht 2005 als „völlig unakzeptabel“ beurteilt. Beanstandet werden schlechte hygienische Verhältnisse, mangelnde Beschäftigungsmöglichkeit, schlechte Ernährung, ausländerfeindliche, rassistische Bemerkungen von Beamten, usw. Tatsächlich sind die Haftbedingungen in vieler Hinsicht weit schlechter als die Standards für Strafhaft. „Nachdem kein/e ÖsterreicherIn je in Gefahr gerät, in Schubhaft gesperrt zu werden, es im Gegensatz zur Strafhaft also nur AusländerInnen trifft, herrschen in den Schubgefängnissen derart menschenverachtende Zustände“, vermutet Claudia Dietl.

### Kein Mensch ist illegal

In Italien, Frankreich oder Spanien hätte der Freund von Herrn Khan im Hernalser Schubhaftgefängnis wahrscheinlich längst Visum und Arbeitserlaubnis. Auch unter konservativen Regierungen gab es in den vergangenen Jahren Einbürgerungsschübe für Illegalisierte. Heinz Fronek: „Es

## „Ich fordere Schubhaftzentren mit völlig offenem Vollzug.“

*Manfred Nowak, UN-Sonderberichterstatter für Folter, beschrieb jüngst das österreichische Asylrecht als „schärfste und restriktivste“ Regelung innerhalb Europas. Eine Humanisierung sei dringend einzufordern. Er fordert offene Schubhaftzentren und das Ende des völlig überbordenden Schubhafteinsatzes.*

### Halten Sie die österreichische Schubhaft für überzogen?

Schubhaft ist keine Strafhaft, sondern eine Sicherungshaft. Schubhäftlinge sind fast ausschließlich Personen, die kein Strafdelikt begangen haben. Ihr einziges Delikt war es, nach Österreich einzureisen. Für die Schubhaft werden meist ausgediente Polizeigefangenenhäuser verwendet, die in keiner Weise den Bedürfnissen für längere Unterbringung entsprechen. Als nach Reformen der 80er-Jahre etliche Haft- durch Geldstrafen ersetzt wurden, leerten sich die Anstalten. Diese nun für Schubhaft zu verwenden, die bis zu zehn Monaten dauern kann, ist der absolut falsche Weg.

### Was fordern Sie?

Die persönliche Freiheit darf nur so weit eingeschränkt werden, wie es unbedingt notwendig ist. Ich fordere daher eigene Schubhaftzentren mit völlig offenem Vollzug. Zwar müsste es eine Mauer geben, damit die Menschen nicht fliehen können. Aber innen muss ein Leben möglich sein, das den Menschenrechten entspricht. Das heißt, Menschen müssen die Möglichkeit zur Fortbildung, Freizeitgestaltung und zu freier Kommunikation erhalten. In der Realität sitzen Leute in

Zellen, haben nichts zu tun und kaum Freizeit. Auch von europäischer Seite gibt es Kritik.

Das wichtigste Organ des Europarates, das Europäische Komitee zur Verhütung der Folter (CPT), inspiziert in regelmäßigen Abständen die Zustände in den Haftstätten. Es beanstandet genau jene Punkte, die ich eben erwähnt habe.

### Sind die Urteile des Komitees bindend?

Österreich hat die Europäische Konvention zur Verhütung der Folter ratifiziert. Damit akzeptierte Österreich auch Besuche des CPT. Die Berichte sind streng rechtlich gesehen nur Empfehlungen. Aber natürlich ist Österreich verpflichtet, diesen Empfehlungen nachzukommen. Sonst wäre ja die gesamte Ratifizierung sinnlos, wenn man zuerst das CPT ins Land lässt, sich aber um deren Erkenntnisse nicht schert. Controlling funktioniert hier nur über Kooperation.

Die Aufgabe des CPT ist es, in allen Europaratsstaaten Minimumstandards der Haftbedingungen umzusetzen. Dass in Österreich Handlungsbedarf besteht, steht außer Frage. .... Ernst Pohn



**Manfred Nowak**  
Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte

wäre dringend notwendig, auch in Österreich die ‚Papierlosen‘, die faktisch hier leben, in einer allgemeinen Legalisierungsaktion aus dem entwürdigenden Zustand der Illegalität zu befreien. Doch für so eine rechtliche Anerkennung des Faktischen fehlt in Österreich der politische Wille. Das Kontrollbedürfnis hier ist so hoch, dass eine Generallegalisierung unvorstellbar ist.“ Die *asylkoordination Österreich* fordert dennoch die sofortige und restlose Abschaffung der Schubhaft. „Freiheit ist ein derart hohes Gut“, so Fronck, „dass Freiheitsentzug nur wegen der Verwaltungsübertretung des illegalen Aufenthalts nicht gerechtfertigt ist.“ Wieso also gibt es einerseits Urlaubs- oder Geschäftsreisende, die es sich leisten können, überall willkommen zu sein und andererseits MigrantInnen, die gezwungen werden, ihre Gesundheit oder Leben zu riskieren, um dort zu leben, wo es ihnen möglich ist? Schubgefängnisse sind Orte, an denen sich die Grenze in die Menschen und in unsere sozialen Räume einschreibt, die Grenze, die dafür sorgt, dass arm und reich existieren. Das Dilemma ist nur durch eine Globalisierung des Denkens zu lösen. -----

\* Name geändert



## Persönlichkeit zerstören

Die Situation von Schubhäftlingen ist schlecht erforscht. Seit den späten 60er-Jahren gibt es auch im deutschsprachigen Raum soziologische Untersuchungen über Straftat und psychiatrische Anstalten. Diese münden auch jeweils in politische Reformbewegungen. Seither hat das soziologische Interesse an den Auswirkungen des Freiheitsentzuges deutlich abgenommen. Dabei wäre gerade dieser Zugang lohnenswert. In Anknüpfung an den Klassiker *Asyle – über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen* von Erving Goffman ließen sich gravierende Probleme darstellen, die in der Zerstörung der sozialen

Persönlichkeit münden. Goffman beschreibt die Lebensumstände von Insassen und Aufpassern in einer „totalen Institution“. Das sind im Wesentlichen Orte, an denen viele Menschen an einem Ort, unter zentraler Autorität und streng reglementiertem Zeitplan erzwungene Tätigkeiten ausführen – vorgeblich, um die offiziellen Ziele der Institutionen zu erreichen. Goffman dachte zwar noch nicht an Schubhaft, sondern an gewöhnliche Gefängnisse, Altenheime und psychiatrische Einrichtungen. Das Ergebnis ist dasselbe: 1. Beschädigung aller Rollen, außer der des Häftlings. 2. Abbruch aller Beziehungen, die die sozi-

ale Persönlichkeit stabilisieren. 3) Entpersonalisierung durch Wegnahme der „Identitäts-Ausrüstung“ – Entzug persönlicher Gegenstände und Unterbindung persönlicher Vorlieben und Verhaltensweisen. Und vieles mehr. Dieser Blick auf das Problem macht klar: mit Schubhaft wird in Kauf genommen, dass die Persönlichkeit von Unbescholtenen nachhaltig beschädigt wird. (Mehr: Interview mit Arno Pilgram auf Seite 42) -----

Erving Goffman: *Asyle*, Frankfurt 1972



# Verfolgte schützen!

Schubhaft nach Folter: zwei Beispiele Text Michael Genner, Asyl-in-Not



*Seit das Fremdenrechtspaket in Kraft getreten ist, wird Schubhaft auf bloßen Verdacht verhängt, ein anderer EU-Staat könnte für das Verfahren zuständig sein; § 76 Fremdenpolizeigesetz macht's möglich. Familien werden auseinandergerissen. Auch schwerst traumatisierte Folteropfer verschwinden im Gefängnis.*

Herr A. aus Tschetschenien flüchtete mit seiner im neunten Monat schwangeren Frau zu seinem Bruder, einem anerkannten Flüchtling, nach Österreich. Ich riet ihm dringend ab, nach Traiskirchen zu gehen: „Man wird Sie dort verhaften.“ Herr A. sagte, seine Frau müsse nach Traiskirchen, damit sie das Kind im Spital zur Welt bringen könne. Und allein lasse er sie nicht ins Lager gehen. Ich riet ihm, zuerst Herrn Klasek, einen bekannten Psychotherapeuten des Vereins Hemayat, aufzusuchen. Auszüge aus dessen Bericht:

„Herr A. sagt, er sei wegen Schlafmangels sehr erschöpft. Als Grund gab er Albträume an: Die Leiche seines anderen Bruders mit Folterspuren und Einschüssen, Maskierte. Er habe zu Hause bekleidet geschlafen, um jederzeit fliehen zu können. Hier habe er es anders versucht, das gehe aber nicht, denn die Angst bleibe.

Er selbst sei zweimal verhaftet, befragt und erniedrigt worden. Beschreibt Folter in einem Keller, der auch Toilette für die ihn Verhörenden war (der Bruder springt wortlos auf und eilt aus dem Zimmer). Handbetriebener Stromgenerator, Schlagstock aus Gummi, Fußtritte (atmet schwer, hat feuchte Augen).

Weiters beschreibt Herr A. Herzschmerzen, taube Arme, Schwindelgefühl und schwache Beine, Atembeklemmungen, erhöhten Puls. Er könne nicht allein sein, besonders in der Nacht. Beschreibt Einengung, Sinnverlust, Todessehnsucht. Schon das Geräusch eines Flugzeuges treibe ihn in Panik, sein Dorf sei stark bombardiert worden. Auch der überraschende Anblick eines Polizisten versetze ihn in Schrecken.

Diagnose: Herr A. beschreibt – und durchlebt während der Sitzung – sukzessive eine höhergradige post-traumatische Belastungsstörung (ICD10: F43.1) als Folge serieller Traumatisierung.“

Herr A. ging durch die vier Stationen der Traiskirchner „Asylstraße“: Daten aufschreiben, Dokumente abgeben, Fingerprints, Hand-schellen. Die Fingerabdrücke hatten ergeben, dass er in Polen

gewesen war. Seine Frau wurde, weil sie schwanger war, nicht verhaftet, sondern ins Lager aufgenommen; dort brachte sie ihr Kind zur Welt. Herr A. durfte es während der Haft einmal fünf Minuten auf dem Gang sehen. Unsere Haftbeschwerde wies der „Unabhängige“ Verwaltungssenat Wiener Neustadt ab. Rechtsanwalt Dr. Pochieser erhob Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof, der die aufschiebende Wirkung zuerkannte; daraufhin wurde Herr A. nach zweieinhalb Monaten aus dem Gefängnis befreit.

Herr A. ist kein Einzelfall. Herr I. aus Tschetschenien war in der Haft nicht kooperativ: er gab laut Schubhaftbescheid an, „er würde sich lieber umbringen, als freiwillig in die Slowakei zurückzukehren“. Er trat in den Hungerstreik, aber der Amtsarzt schrieb ihn haftfähig; am 2.5.2006 wurde er in die Slowakei deportiert. Er ist allerdings wieder da, und er hat mir erklärt, warum er solche Angst hat vor der Slowakei: Dort suchte er nämlich schon vor einigen Jahren um Asyl an. Die Slowaken schoben ihn in die Ukraine ab. Von dort schob man ihn weiter nach Russland, wo er sofort verhaftet und gefoltert wurde. Er war lange Zeit im Gefängnis. Er hat mir seine Füße gezeigt. Ihm fehlen beide großen Zehen – während der Folter abgequetscht. Herr I. lebt jetzt in Wien im Untergrund. Ich habe seine Vertretung übernommen und werde sehen, was rechtlich noch zu machen ist. Soweit ich den Akt bisher kenne, dürfte sein Asylverfahren rechtskräftig negativ sein. Frau Prokops Fremdenrechtspaket lässt nicht mehr viel Spielraum. Nur die Dublin-Verordnung, so sehr wir sie ablehnen, bietet vielleicht einen Ausweg an:

Wenn Herr I. es schafft, achtzehn Monate „flüchtig“ zu sein, dann erlischt die Zuständigkeit der Slowakei. Dann muss Österreich sich zuständig erklären. Dann bekommt er (da die Anerkennungsrate tschetschenischer Flüchtlinge in Österreich sehr hoch ist) wahrscheinlich sogar Asyl.

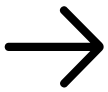
Wer Herrn I. achtzehn Monate lang verstecken möchte, ist herzlich eingeladen, sich bei mir zu melden. Das ist illegal. Aber die „Schuld“ ist nur gering. Daher hat die Staatsanwaltschaft Innsbruck auch darauf verzichtet, mich zu verfolgen, obwohl ich öffentlich dazu aufgerufen habe, Folteropfer zu verstecken. Diesen Aufruf, Verfolgte vor Haft und Abschiebung zu schützen, wiederhole ich hiermit in aller Form. -----

# Multimedia-Bustour durch das imperiale Wien: Sehen Sie die Stadt mit offenen Augen!



# Stadt der Attraktionen – Worum die Welt Österreich beneidet

Text Elisabeth Prokopil Illustrationen Petja Dimitrova



Am 1. Oktober soll die Donaumetropole in ihrem besten Licht erstrahlen. Ein Buskonvoi wird zu den größten Sehenswürdigkeiten

Wiens führen, vor denen jeweils Programm und Verköstigung auf Sie wartet.

Eine weitere Besonderheit: Die Tour wird in neu designten Polizeibussen eine ganz besondere Perspektive bieten. Treffpunkt ist um 10 Uhr am Rathausplatz. Pünktlich kommen!

Wien atmet Geschichte und noch mehr Geschichten! Was sich hinter den Gemäuern der großen Prunkbauten, aber auch in mancher Parkanlage und den öffentlichen Transiträumen dieser Stadt an dramatischen Ereignissen abspielt, ist einen zweiten Blick wert. Hier die Stationen der Rundfahrt:

**Nr. 1 Stephansdom** Wahrzeichen Wiens. Wird auch von einer Trockenwaffelmanufaktur als beliebtes Sujet verwendet. In jüngster Zeit wurde der Steffl immer wieder durch kirchenfremde Gerüstwerbung verhüllt, was ihn wieder ins Gespräch brachte.

**Nr. 2 Omofuma-Denkmal** Aktuelles Beispiel für eine lebendige Gedenkkultur der WienerInnen. Mit einzigartiger Offenheit wird der Zustand der Gesellschaft immer wieder hinterfragt. In regelmäßigen Abständen wird das Denkmal mit Farbe überschüttet und wieder gereinigt. So wird mit gelebter Diskussionskultur um die Erinnerung an die gemeinsame Geschichte gerungen.

**Nr. 3 Riesenrad** Mit einer Jahreskapazität von mehr als 600.000 Personen befördert die 107 Jahre alte Attraktion Schaulustige im

Kreis. „Um den Charakter der Stadt, um das Überdauern des Wienerischen zu demonstrieren, wurde das Objekt nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut.“

([www.wien-vienna.at](http://www.wien-vienna.at))

**Nr. 4 Schubhaft Hernalts** Mit einer Jahreskapazität von 12.000 bis 15.000 Personen werden Fremde in Schubhaft genommen, um sie aus dem Land zu befördern. Damit soll der Charakter der Stadt, das Überdauern des Wienerischen garantiert werden.

**Nr. 5 Bundesrealgymnasium 21** Eine Schule von historischem Wert: Hier wehrten sich MitschülerInnen gegen die Abschiebung einer Jugendlichen. Die Schule ist mit der Schnellbahn schnell erreichbar. Zudem eine der raren Sehenswürdigkeiten Transdanubiens.

**Nr. 6 SPÖ-Zentrale** In der Löwelstraße residiert die Partei, die bei den Verhandlungen über das Fremdenrechtspaket „von der ÖVP über den Tisch gezogen wurde“. (Norbert Darabos)

**Nr. 7 Parlament** Der Architekt der österreichischen Verfassung und Vater des heimischen Parlamentarismus bezeichnete die Repräsentative Demokratie als ideale Form der Aussöhnung von Freiheit und Gleichheit.

**Nr. 8 Flug- und Abschiebehafen Wien Schwechat** Innenministerin Liese Prokop bezeichnete Charterflüge im europäischen Verbund zur Deportation von Asylwerbern als „ideale Form der Abschiebung“.

**Nr. 9 Donauturm** Von hier aus überblickt man die ganze Stadt.

**Nr. 10 Lagerhalle, in der Bakary J. gefoltert wurde** Laut einer Aussendung der Wirtschaftskammer stehen in Österreich bis zu 5.000 Lagerhallen leer. Das verursacht einen volkswirtschaftlichen Schaden von mehreren Hunderttausend Euro. Die Kammer drängt auf innovative Nutzungskonzepte.

**Nr. 11 Johann Strauß Sohn** Ganz Wien steht auf den Walzerkönig und seine leutseligen Melodien. Wenige Meter weiter standen sechs Polizisten und ein Arzt auf dem reglosen Körper von Seibane Wague. Die Empörung wurde – wie beim Wiener Kongress – gründlich weggetanzt.

**Nr. 12 Landesgericht** Das „Graue Haus“ erfreut sich immer größerer Beliebtheit.

-----  
*Bitte alles einsteigen!*

# Der Menschenrechtsverein, den sich das Innenministerium leistet

Das Innenministerium möchte möglichst viele Flüchtlinge an der Öffentlichkeit vorbei abschieben. Ein Verein mit dem klingenden Namen „Menschenrechte Österreich“ hilft dabei.

Text Philipp Sonderegger Fotomontage Petja Dimitrova



David Odoaka\* ist auf der Flucht. Sechs Jahre seines Lebens hat es ihn gekostet, nach Österreich zu gelangen. Jetzt sitzt er in dieser Zelle fest. Weil sein Vater ein hoher Polizeioffizier der unterlegenen Regierungsfraktion war, wurde er von den Putschisten verschleppt. David Odoaka setzte sich ins Grenzgebiet ab, wo er seine Flucht organisierte – Ziel: Europa. Kaum eine Geschichte, mit der in Österreich Asyl zu kriegen ist. Doch das wusste der 32-Jährige noch nicht und kratzte über Mittelsmänner 4.000 Dollar aus dem Familienkreis zusammen. Mit der Zusicherung, es bald zurückzuzahlen.

Die Versprechen haben nicht gehalten. David Odoaka war nicht in der Lage, seine Schuld zu begleichen, und Freiheit, die hat er auch nicht gefunden. Obwohl sein Asylantrag abgelehnt wurde, darf er nicht abgeschoben werden. Das Gesetz will es so. Trotzdem wurde Odoaka mehrfach in Schubhaft genommen. Weil er einer FlüchtlingshelferIn noch vor seiner Inhaftierung eine Vertretungs-Vollmacht ausgestellt hat, kam er nach ein paar Wochen wieder raus. Ein Rechtsanwalt konnte gegen die unrechtmäßige Verhängung der Schubhaft berufen. Ein bereits bestehender Kontakt zur Außenwelt ist in der Praxis Voraussetzung für den Zugang zum Recht. Für die Möglichkeit, gegen eine Entscheidung der Behörden zu berufen. Und über diese oft letzte Chance entscheidet in Österreich in der Mehrheit der Fälle ein Mann: Günter Ecker, Obmann

und Geschäftsführer eines Vereins mit dem vielversprechenden Namen Menschenrechte Österreich. Er lässt sich von seinen Schubhaft-BetreuerInnen jedes Ersuchen um die Vermittlung eines Rechtsanwaltes vorlegen. Das behaupten ehemalige MitarbeiterInnen unisono. Rechtsberatung gehöre allerdings nicht zu seinen Aufgaben, erklärt der Verein Menschenrechte. Das sei vertraglich festgelegt. Man sei auch nicht verpflichtet, Vollmachten an Beratungseinrichtungen zu vermitteln.

## Verein breitet sich über Österreich aus

Das Innenministerium schätzt diese Vorgangsweise sehr. Nach und nach ersetzte man die anderen Betreuungsorganisationen durch Eckers Verein. Nach Oberösterreich, Wien und Schwechat ist er seit Jahresbeginn auch für Tirol und damit schon für 53 Prozent der Häftlinge zuständig. Den Vertrag der ARGE Schubhaft hat das BMI nicht verlängert. Dieses multidisziplinäre Team hatte die Betreuung in Innsbruck über acht Jahre hinweg zur Zufriedenheit aller geleistet. Nur dem Innenministerium scheint die Arbeit nicht gefallen zu haben. Wie Caritas und evangelische Diakonie hatte die ARGE mit Eigenmitteln auch dafür gesorgt, dass die Häftlinge in den Genuss von Rechtsberatung kommen. Schätzungsweise zwanzig Prozent an Spendenmitteln haben die Hilfsorganisationen auf die Projektkosten draufgelegt, um mit Ihrer Arbeit nicht bloß für eine reibungslose Verwahrung und Abschiebung

zu sorgen, sondern auch zur Durchsetzung von (Menschen-)rechten gegenüber den Behörden. „Ich hatte den Eindruck, es solle so wenig Asylanträge aus der Schubhaft heraus geben, wie möglich“, berichtet eine ehemalige BetreuerIn des Vereins Menschenrechte: „Ich glaube, Ecker wollte dem Innenministerium einen Gefallen tun.“

## Innenministerium zahlt ...

Nach öffentlich verfügbaren Informationen erfolgt die Finanzierung des Vereins „Menschenrechte“ weitgehend über Mittel, die vom Innenministerium kontrolliert werden. Es sind vor allem Gelder des Europäischen Flüchtlingsfonds, die einer Co-Finanzierung durch die Herrngasse bedürfen. Wie hoch der Anteil an Spendengeldern am Gesamtbudget ist, weiß man nicht bekannt. Doch während etwa Caritas oder Diakonie intensive Spenden-Kampagnen fahren, wird auf der Website des Vereins Menschenrechte eine Benefizaktion beworben, die mittlerweile über ein halbes Jahr zurückliegt.

## ... und bildet aus

Nicht nur die Finanzierung wird weitgehend vom Innenministerium getragen, auch die Ausbildung wird zum Teil direkt von BeamtlInnen des Innenministeriums geleistet. MitarbeiterInnen des Vereins berichten, dass Ihre Einschulung von TrainerInnen abgehalten wurde, die im Innenministerium und im Bundesasylamt wichtige Posten bekleiden. So gut die Zusammenarbeit mit dem Ministerium zu



Fotomontage: reibungsloses Verwahren und Abschieben.

funktionieren scheint, so ruhig dürfte es um das Vereinsleben von Menschenrechte Österreich bestellt sein. Laut Vereinsregisterauszug werden die sechs Vorstandsfunktionen von gerade einmal drei Personen besetzt: durch Geschäftsführer Ecker, seine Lebensgefährtin und eine Mitarbeiterin. Praktischerweise entscheidet dieser Vorstand über die Neuaufnahme von Mitgliedern, ohne für eine Ablehnung Gründe nennen zu müssen. Wer so ein turbulentes Vereinsleben hinter sich hat wie Ecker, ist vielleicht auch nicht mehr besonders scharf darauf.

### Der Verein funktioniert: kritiklos

Schon die Gründung des Vereins Menschenrechte verlief turbulent. Ecker war zuvor Geschäftsführer des Vereins SOS Menschenrechte, der vom Innenministerium mit der Schubhaft-Betreuung in Linz beauftragt war. Nach Differenzen mit dem Vorstand über die Führung der Geschäfte ging Ende 2002 die Bewerbung um die Verlängerung des Vertrags verloren. Ecker hatte aber bereits vorgesorgt und im September 2002 den Verein Menschenrechte gegründet. Prompt erhielt er ein halbes Jahr später den Zuschlag für Linz. Bereits vor Weihnachten war man im Verein Menschenrechte eifrig an der Suche nach MitarbeiterInnen für Wien. Noch bevor – auch das ist äußerst bedenklich – Caritas und Diakonie wussten, dass ihr Vertrag nicht verlängert würde. Anny Knapp, Obfrau der *asylkoordination Österreich*, verfasste damals einen offenen

Brief an Innenminister Strasser. Zitat: „Die Methode, die Gründung von Organisationen zu unterstützen, von denen Sie eine kritiklose Aufgabenerfüllung erwarten, ist demokratiepolitisch äußerst bedenklich.“ Man könne beim Verein Menschenrechte kaum von einer NGO sprechen, da dieser überhaupt erst zum Zweck gegründet wurde, die Schubhaft in Wien und Linz zu übernehmen – nach offensichtlichen Absprachen mit dem Innenministerium, so die *asylkoordination*.

### Fremde wegschaffen, was geht

In der Soziologie werden mit Unterstützung des Staates gegründete NGOs als GONGOS (Governmental Organized NGOs) bezeichnet. Ein Hauptwesensmerkmal dieser QUANGOS (Quasi NGOs) ist ihre loyale Einbindung in das Handeln des Staates. Sie sind keine Opponenten der Staatsmacht. Für einen Verein, der sich Menschenrechte Österreich nennt, eine schwierige Herausforderung. Besteht Menschenrechtsarbeit doch klassischerweise darin, die Rechte von Individuen gegen das Machtmonopol der Staatsgewalt zu verteidigen. Ein kaum zu schaffender Spagat, wenn man als Dienstleistungsunternehmen mit operativen Aufgaben des Schubhaftwesens betraut ist. Dies ist auch ein Vorwurf, der den Verein bei seiner Arbeit begleitet: Der Verein Menschenrechte konzentrierte sich zu sehr auf die reibungslose Verwahrung und Außerlandrungserschaffung von Schubhäftlingen, als auf die parteiische Vertretung der KlientInnen

– wie es einer Menschenrechtsorganisation zukomme. Ecker zu diesem Vorwurf: „Wer die Schubhaft verbessern will, muss mit der Polizei kooperieren.“ Das führte dazu, dass er Wachebeamte des Polizeianhaltensentrums Linz für den Oberösterreichischen Menschenrechtspreis vorschlug.

### Kontrolle ist gut, Selbstkontrolle besser

Mit den anderen NGOs liegt der Verein Menschenrechte nicht nur wegen seiner Ministeriumsnahe über Kreuz. In den diversen Gesprächsrunden und Plattformen der NGOs ist er nicht mehr vertreten. Aus der Arbeitsgruppe „Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge“, die alle wesentlichen AkteurInnen in der Betreuung dieser speziellen Gruppe an einem Tisch versammelt, musste er beispielsweise abziehen, weil ihm die anderen Mitglieder Vertrauensbruch vorwarfen. Mitunter wurde der Verdacht geäußert, der Verein Menschenrechte unterlasse aussichtsreiche Berufungen. Das wird von Ecker zurückgewiesen. Der Verein Menschenrechte ist auch im Menschenrechtsbeirat vertreten. Dort kontrolliert er sich praktisch selbst. Als der Beirat in einem Dringlichkeitsbericht kritisierte, dass die Untersuchungskommission nach dem Tod des verdursteten Yankuba Ceesay nicht mit den MitarbeiterInnen des betreuenden Vereins Menschenrechte, sondern nur mit Ecker selbst reden durfte, stimmte dieser gegen den Bericht. Da ließ sich ein anderes Beiratsmitglied zur Äußerung hinreißen, dass die MenschenrechtsbeobachterInnen sogar in Guantanamo mit dem Personal selbst sprechen können.

David Odoka ist wieder draußen. Auch wenn die ständige Gefahr der Schubhaftnahme sehr belastend ist – er weiß, dass ihn sein Anwalt wieder herausholen würde. Diese Gewissheit muss für alle Flüchtlinge erkämpft werden. Denn auf Grundlage des Fremdenrechtspakets 05 bedeutet Schubhaft für einen Großteil der Flüchtlinge die Regel. Einmal in Österreich angekommen, landen sie in einer Erstaufnahmestelle wie Traiskirchen, wo Unbefugten der Zutritt verboten ist. RechtsberaterInnen dürfen nicht hinein, solange sie nicht bereits über eine Vollmacht eines Flüchtlings verfügen. Von dort kommt ein Großteil der Flüchtlinge in Schubhaft – wo dann entschieden wird, ob rechtliche Vertretung gewährt wird oder nicht. \_\_\_\_\_

\* Name geändert

# „Rechtsberatung ist verboten“

Christoph Riedl, GF des Diakonie Flüchtlingsdienstes, über veraltete Polizeigefängnisse, in denen selbst Seife und Kleidung fehlt. Dass es ein Erfolg ist, wenn Häftlinge sich zwei Mal pro Woche duschen dürfen und auch mal ein Buch in die Hände kriegen. Und wie trotz Beratungsverbot für Recht gesorgt werden kann. Interview Ernst Pohn



**Sie betreuen Schubhäftlinge in St. Pölten, Wiener Neustadt und Salzburg. Welche Unterstützung dürfen Sie leisten?**

In erster Linie sorgen wir für die soziale Betreuung durch Gespräche. Wir fragen nach, wie es den Leuten geht, was sie brauchen. Wir stellen den Kontakt zu Verwandten und Behörden her, sind Bindeglied nach Außen. Darüber hinaus versorgen wir die Leute mit Hygieneartikeln oder Kleidung.

**Gibt es in dieser Haft nicht einmal Seife?**

Schubhaft wird in veralteten Polizeigefangenenhäusern vollzogen, die gar nicht auf monatelangen Vollzug ausgelegt sind. Anstaltskleidung gibt es dort beispielsweise keine. Ohne Betreuung würde ein Schubhäftling, der im Sommer im T-Shirt verhaftet wird, im Winter immer noch damit dort sitzen. Auch Unterwäsche wird nicht zur Verfügung gestellt. Wir geben den Menschen Telefonwertkarten, damit sie überhaupt Verwandte kontaktieren können.

**Was heißt es, in einem Schubhaftgefängnis zu sein?**

Schubhaft bedeutet 23 Stunden am Tag eingesperrt zu sein. In Zellen von vier bis sechs Leuten, mit einer Stunde Hofgang pro Tag. Mittlerweile gibt es je nach Eignung der Gebäude auch abgeschwächte Varianten, sogenannte offene Stationen. Dort können die Häftlinge auch einen Teil ihrer Zeit in Gemeinschaftsräumen verbringen.

**Und die Hygiene?**

Geduscht werden darf einmal pro Woche. Bis vor kurzem gab es in Salzburg nicht einmal eine Waschmaschine. Da mussten die Leute in den zehn Minuten, in denen sie duschen dürfen, auch noch ihre Unter-

wäsche waschen. Inzwischen muss auf Verlangen der Häftlinge ein zweites Mal Duschen pro Woche ermöglicht werden.

**Wie verbringen die Menschen 23 Stunden am Tag außer mit Warten?**

Der Mangel an Beschäftigung ist ein riesiges Problem. Dafür ist in diesen alten Polizeigefängnissen nichts vorgesehen. Die Häftlinge sind den ganzen Tag zur Untätigkeit gezwungen.

**Können Sie helfen?**

Wir stellen Fernseher auf, das ist aber nur in den offenen Räumen möglich. Wir besorgen Zeitschriften und Bücher, fremdsprachige Publikationen sind freilich nicht leicht zu bekommen, zudem teuer. In Salzburg haben wir eine Bibliothek und eine Kunsttherapie eingerichtet. Zudem konnten wir einige Fitnessgeräte aufstellen.

**Wie viel Zeit steht für die Betreuung zur Verfügung?**

Wir können in Niederösterreich für circa 40 Haftplätze 24 Wochenstunden Betreuung leisten. Für den Einzelnen bleibt da sehr wenig Zeit, viel geht für organisatorischen Aufwand drauf.

**Wie verhält sich das Aufsichtspersonal?**

Unterschiedlich. Mit der Kommandantenebene in den Gefangenenhäusern ist es schon möglich, Probleme zu besprechen. Mit den Vollzugsbeamten gibt es aber immer wieder Probleme. Lange wurden ja jene Polizisten eingesetzt, die im Straßendienst nicht tauglich waren. Viele Strafversetzte landeten in Gefangenenhäusern. Dass diese Leute nicht gerade die ausländerfreundlichsten sind, kann man sich vorstellen. Rassistische Äußerungen oder ruppiges

Verhalten, einem Häftling, der um etwas bittet, dieses wochenlang vorzuenthalten, das kann schon passieren.

**Wo setzt man Ihrer Arbeit Grenzen?**

Es ist uns verboten, den Leuten Rechtsberatung zu geben. Wir dürfen ihnen nur mit Informationen über den aktuellen Stand des Verfahrens liefern. Trotzdem sehen wir es als unsere Aufgabe an, Rechtsberatung anzubahnen. Die Leute sitzen ja schon während des Verfahrens in Schubhaft, wie sollen sie die zumeist deutschsprachigen Bescheide verstehen? Sie können sich vorstellen, dass es den Leuten unmöglich ist, sich unter diesen Umständen selbst zu vertreten. Falls also jemand um rechtliche Unterstützung bittet, versuchen wir Kontakt zu einer NGO oder einem Anwalt herzustellen.

**Wie reagiert das Innenministerium?**

AsylwerberInnen müssten nach europäischen Richtlinien Zugang zu rechtlicher Beratung erhalten. Da das in Österreich nicht in ausreichendem Maße der Fall ist, sehen wir es als unsere Pflicht an, zu vermitteln. Das ist durch die europäischen Richtlinien gedeckt, da kann auch das Innenministerium kaum dagegen argumentieren. \_\_\_\_\_



**Christoph Riedl**  
Geschäftsführer Evangelischer Flüchtlingsdienst und Schubhaft-Koordinator für Caritas und Diakonie

# WIENER LINIEN





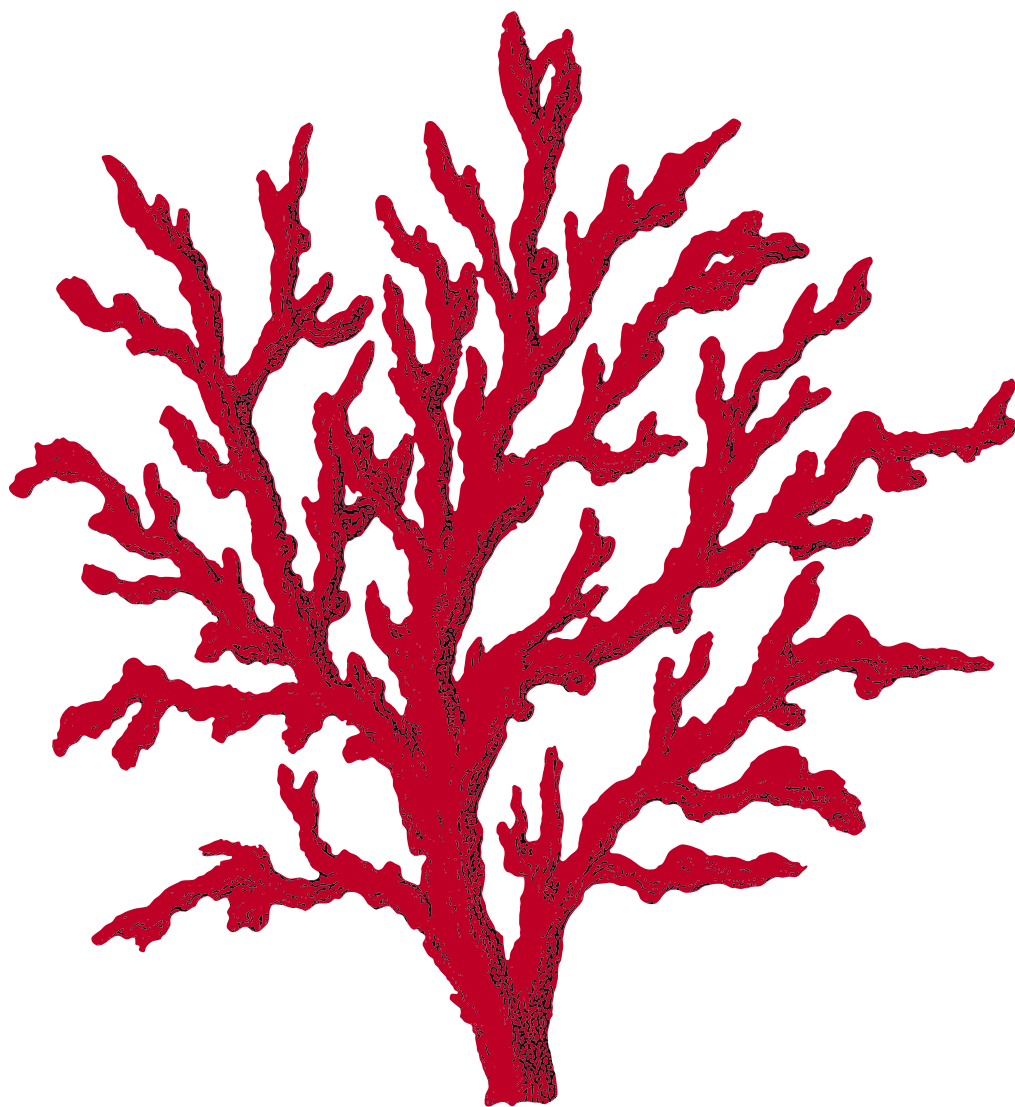
# Am Ende. Österreich.

Rein in Schubhaft, raus aus dem Land  
ist für viele Flüchtlinge Alltag in Österreich.  
[www.keinegitterfluechtlinge.at](http://www.keinegitterfluechtlinge.at)



# VIENNALE

VIENNA INTERNATIONAL FILM FESTIVAL



**13.-25. OKTOBER 2006**

**TICKETS AB 30. SEPTEMBER 0800 664 006 A1 FREELINE**

[www.viennale.at](http://www.viennale.at)



BUNDESKANZLERAMT KUNST



Partner der

**V'06**

# Z bis A der Schubhaft

Text Daniela Koweindl, Ingrid Ulbrich

**Z**wangsernährung während der Schubhaft ist nunmehr gesetzlich legitimiert. Regierung und SPÖ haben's möglich gemacht. Als „Versuchsobjekte“, so ein höherer Beamter des Innenministeriums Anfang diesen Jahres, sollen „kriminelle Schüblinge“ dienen.

**W**ir haben den Auftrag, dich zu töten!“ WEGA-Beamte prügeln den Schubhäftling Bakary J. krankenhausreif. Die Polizisten werden wegen „Quälen eines Gefangenen“ zu bedingten Haftstrafen verurteilt – und versehen weiter ihren Dienst.

**V**erfassungsgerichtshof hält in einem Erkenntnis vom 24.6.2006 fest, dass insbesondere bei der Regelung und Verfügung von präventivem Freiheitsentzug der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten ist. Dieser Grundsatz ist von den Behörden zu berücksichtigen, nützt aber in der Praxis wenig, weil keine Pflichtverteidigung zur Verfügung gestellt wird.

**U**BAS – Unabhängiger Bundesasylsenat. Er stellt die zweite Instanz in Asylverfahren dar. Gegen den Bescheid des UBAS kann die BeschwerdeführerIn Berufung einlegen. Die im Jahr 2003 erfolgte „Eingliederung in das Innenministerium untergräbt jedoch völlig die Unabhängigkeit der Berufungsbehörde“ (*asylkoordination Österreich*, [www.asyl.at](http://www.asyl.at)).

**S**chubhaft ist Freiheitsberaubung. Sie wird ohne Haftprüfung von der Fremdenpolizei verhängt. Der Schubhaft liegen keine kriminellen Handlungen zugrunde. Haftgrund: Aufenthalt in Österreich.

**R**assistisches Denken und Regulieren, Allgegenwart eines Missbrauchsverdachts und Querverbindungen zum Strafrecht sind signifikante Merkmale des sogenannten Fremdenrechts in Österreich, wie es in einer Neuauflage seit 1. Jänner 2006 gilt.

**P**olizeianhaltezentrum: Amtssprachliche Bezeichnung für Orte mit Schubhäftn.

**N**o-racism.net dokumentiert institutionalisierten rassistischen Staatsterror sowie den Konsens der Mehrheitsbevölkerung in Österreich und anderswo. Zahlreiche Artikel zum Widerstand gegen Schubhaft und Abschiebungen unter [www.no-racism.net](http://www.no-racism.net)

**M**arcus Omofuma. Am 1. Mai 1999 bei seiner Abschiebung – durch Verkleben der Atemwege – fahrlässig getötet von drei Polizisten. Die Täter wurden zu 8 Monaten bedingter Haftstrafe verurteilt, die kurzfristigen Suspendierungen vom Dienst bereits vor der ersten Hauptverhandlung aufgehoben.

**K**orrekturzelle: Für Said F. waren die Zustände in der Schubhaft so schwer zu ertragen, dass er sich selbst schwere Schnittwunden zufügte. Die Polizei brachte ihn ins Krankenhaus. Als Strafe für seinen Protest wurde er anschließend drei Tage in die Korrekturzelle gesteckt; Selbstverletzungen sind typische Folgen der Belastung durch die Haftsituation.

**J**ustizanstalt Josefstadt: „Schubhäftlinge, die ihren Gesundheitszustand selbst herbeigeführt haben (z.B. Hungerstreik, Selbstverletzung), können unter Aufrechterhaltung der Schubhaft in die Sonderkrankenanstalt der Justizanstalt Josefstadt überstellt werden. Voraussetzung ist die Durchsetzbarkeit des Aufenthaltsverbotes oder der Ausweisung und die Möglichkeit der Abschiebung.“ (Informationszettel Polizeianhaltezentrum)

**H**ernalser Gürtel, Schubhaftgefängnis: Am 22. Februar 2005 wird Ben Habra Saharaoui tot in seiner Einzelzelle aufgefunden. Am Tag zuvor berichtete Saharaoui einer Bekannten, bei der Festnahme von der Polizei schwer

verprügelt worden zu sein. Offizielle Todesursache: Tod durch Erhängen.

**G**enfer Flüchtlingskonvention. Das neue Asyl- und Fremdenrecht widerspricht diesem Abkommen. Es ermöglicht z.B. Polizei und Bundesheer, potenziell schutzbedürftige Personen an der Einreise zu hindern.

**F**luchtwege freigehalten! Die Deserteurs- und Flüchtlingsberatung in Wien bietet Beratung und Unterstützung für Flüchtlinge in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen. Aber nicht nur! [www.deserteursberatung.at](http://www.deserteursberatung.at) BAWAG 14000, Kontonummer 01010813332.

**E**uropäische Menschenrechtskonvention: Recht auf Achtung seines Privat- und Familienlebens. Binationale Paare erleben in Österreich das Gegenteil. Schubhaft und Abschiebung sind gängige Praxis.

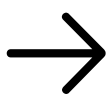
**D**ublin-Verordnung: Ist eine Asylwerberin über einen anderen EU-Staat nach Österreich eingereist, wird die Zuständigkeit für die Asylwerberin an das betreffende EU-Land abgegeben. Der in Österreich gestellte Asylantrag wird abgewiesen.

**B**edingungslose europaweite Legalisierung und gleiche Rechte für alle MigrantInnen! Schließung aller Internierungslager in Europa und überall! Ende aller Abschiebungen und des Externalisierungsprozesses! (Aufruf zum dritten MigrationsAktionsTag am 7. Oktober 2006)

**A**syl in Not setzt sich für die Wahrung der Menschenrechte und für die Wiederherstellung des Rechts auf Asyl ein. Deckt Missstände und Gesetzesverletzungen auf. Bietet ständige rechtliche und soziale Beratung und Betreuung in Wien. [www.asyl-in-not.org](http://www.asyl-in-not.org) PSK 60000, Kontonummer 92034400

# Das Unrecht hat Namen und Adresse: Wilfried Kovarnik, Fremdenpolizei

Text Michael Genner, Asyl in Not Foto Petja Dimitrova

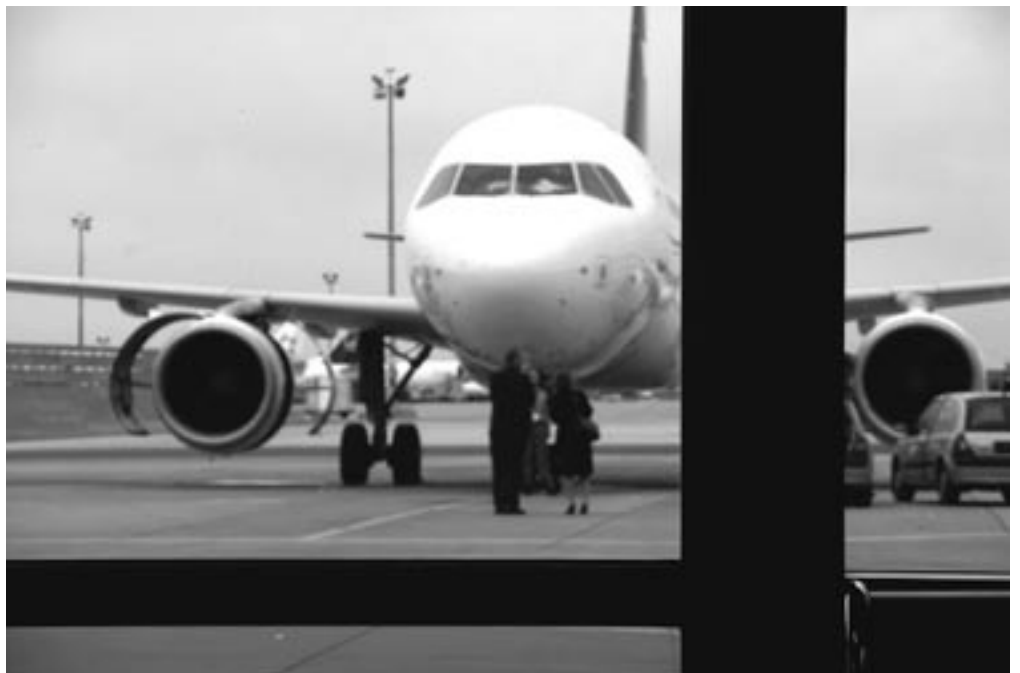


Das Verbrechen der Prügelpolizisten an Herrn Bakary J. geschah in einer Atmosphäre der permanenten Hetze. Hinter den Prügelpolizisten stehen Schreibtischtäter, die sie decken, die den Ungeist schüren und die Fäden ziehen. Einer heißt Wilfried Kovarnik, Chefideologe der Wiener Fremdenpolizei. Ein emsiger Spürhund, stets auf der Suche nach „Scheinehepaaren“ ... Kovarnik trägt Verantwortung dafür, dass Frau Z. nach China abgeschoben wurde. Sie ist eine „Gefahr“ für Österreichs Sicherheit. Sie hat nämlich, wie Wilfried Kovarnik in einem Interview sagte, ein „fremdenpolizeiliches Vorleben“.

Sie habe gegen die Marktordnung verstoßen und sich, so Kovarnik, sogar einmal der Schubhaft entzogen und sei untergetaucht! Kovarnik ist uns seit Jahren bekannt. Er war es, der „die Verwendung von Klebebändern“ gegen Marcus Omofuma „als ‚gelinderes Mittel‘ im Sinne des Waffengebrauchsgesetzes für gerechtfertigt“ erklärte (*Der Standard*, 5.5.1999).

Als Strasser unseligen Angedenkens daran ging, das Einem'sche Reformgesetz zu liquidieren, gab ihm Kovarnik Schützenhilfe: Er empfinde das noch geltende Asylgesetz als „Behinderung“, weil es „uns immer weniger möglich ist, ausländische Rechtsbrecher außer Landes zu bringen“.

In einem Interview für *Die Presse* erläuterte Kovarnik, wie die Fremdenpolizei binationale Paare bespitzelt und schikaniert: Die Standesämter müssen alle Ehen mit Drittstaatsangehörigen der Fremdenpolizei melden. „Wir überprüfen dann den Fall nach Auffälligkeit.“ Nach der ersten „Grobsiebung“ (handelt es sich etwa gar um einen abgewiesenen Asylwerber?) werden die Nachbarn



von der Fremdenpolizei besucht, dann die Arbeitskollegen; schließlich wird dann auch der österreichische Partner verhört.

Kovarnik kennt sich auch mit Hungerstreikenden aus. „Die werden schließlich nicht auf der Bahre hinausgetragen. Sie gehen hoch erhobenen Hauptes hinaus und sie werden wie Helden gefeiert.“ So wie mein früherer Klient Djavad aus dem Iran, der nach 30 Tagen Hungerstreik mit einer schweren Magenblutung auf die Straße gesetzt wurde und so immerhin der Abschiebung in den Tod entging; er erhielt dann auch in Österreich Asyl. Kovarnik war es auch, der den Fonds Soziales Wien zum Komplizen machte, wenn es darum ging, „Illegale“ in die Falle zu locken und abzuschieben. „Eine Festnahme beim Fonds

schürt weniger Misstrauen als wenn sie in einem Heim passiert.“ Er sei stolz darauf, sagte Kovarnik, dass er, wenn Menschen aus Österreich verschwinden, „ruhig schlafen kann“.

Asyl in Not kämpft für eine Reform der Beamtenschaft: Kovarnik und Seinesgleichen müssen aus der Polizei hinaus. ---

# Einer der flieht, rettet oft ein ganzes Dorf

Die Genfer Flüchtlingskonvention gehört nicht eingeschränkt, sondern dringend ausgeweitet: Nicht nur Flucht vor politischer Verfolgung, sondern auch vor dem drohenden Hungertod muss als Asylgrund gelten. Ein Kommentar von Corinna Milborn.



Neulich an der Grenze<sup>1</sup>, ein alltäglicher Vorfall. 50 Seemeilen vor Lampedusa stößt ein tunesischer Fischkutter auf 16 somalische Flüchtlinge in einem kleinen Holzboot, das schon fast zur Gänze unter Wasser steht. Sie treiben seit Tagen im Mittelmeer, zehn Menschen sind schon gestorben. Der Kapitän will die Somalis in den nächsten Hafen bringen, auf der italienischen Insel Lampedusa. Ein italienisches Küstenwacheboot startet, kurz darauf auch ein Hubschrauber. Nicht etwa, um die Schiffbrüchigen abzuholen. Die Italiener wollen dem Tunesier vielmehr klar machen, dass er die Überlebenden – da außerhalb italienischer Hoheitsgewässer aufgeklaut – nicht nach Italien bringen dürfe. Die Diskussion eskaliert, der Kapitän droht, die geschwächten Somalis wieder ins Wasser zu werfen, auf dass sie die Italiener retten müssen. Die italienische Regierung nimmt mit der tunesischen Kontakt auf.

Schließlich kommt ein tunesisches Militärboot und bringt die Somalis nach Afrika. Zurück an den Start. Dabei hätten die Somalis wohl sicheres Anrecht auf Asyl gehabt: In Somalia gibt es seit 14 Jahren keine Regierung, dafür Krieg, Verfolgung, Massaker und Hungersnöte. Allein: Sie wurden vom falschen Boot gerettet.

Dieses alltägliche Vorgehen entspricht sicher nicht dem Geist der Flüchtlingskonvention. Diese sieht vor, dass jemand, der an der Grenze um Schutz bittet, den auch bekommen muss. Zumindest aber ist der Fall zu prüfen. Die EU legt dies derzeit so aus, dass man erstmal mit beiden Beinen auf europäischem Boden stehen muss – was nur illegal möglich ist – und versucht das zugleich mit allen Mitteln zu verhindern: Eine ganze Armada von Booten, Hubschraubern, Flugzeugen (selbst per Satelliten) ist damit beschäftigt, Flüchtlinge rechtzeitig vor der Grenze auszumachen und zurückzudrängen, damit die EU-Staaten nicht in die Verlegenheit kommen, ihre Verpflichtung einzuhalten. Dass auf Flüchtlinge an der Grenze immer wieder scharf geschossen wird, ist nur eine logische Folge.

Wer die Rechte von Flüchtlingen verteidigt, befindet sich daher in einem ständigen Rückzugsgefecht. Kein Wunder also, dass kaum diskutiert wird, was längst offensichtlich ist. Dass die Flüchtlingskonvention nicht eingeschränkt, sondern schon lange ausgeweitet gehört. Die meisten, die an den Grenzen landen, haben nämlich gar keinen Anspruch auf Schutz – obwohl sie vor dem Tod fliehen. Es ist aber nicht der Tod durch individuelle politische Verfolgung, die in der Flüchtlingskonvention als legitimer Fluchtgrund gilt, sondern ein vielleicht grausamerer Tod: Viele fliehen schlicht vor Hunger.

## Geldsendungen von MigrantInnen höher als Entwicklungshilfe

Wer vom Hungertod bedroht ist, kann sich nicht auf die Seite der Mächtigen schlagen, um zu überleben, wie es manchmal im Falle politischer Verfolgung noch möglich ist. Vor Hunger flieht man auch nicht in afrikanische Nachbarländer – die sind nicht besser dran. Einer, der flieht, rettet eine ganze Familie, oft ein ganzes Dorf vor dem Verhungern. Die Geldsendungen von MigrantInnen sind laut Weltbank mindestens dreimal so hoch wie die gesamte offizielle Entwicklungshilfe. Ganze Dörfer in der austrocknenden Sahelzone, in Kenia, Äthiopien, Eritrea überleben nur, weil ein, zwei junge Männer den Weg nach Europa geschafft haben.

Noch dazu ist europäische Politik entscheidend mit schuld am Hunger in Afrika: Europäer werfen subventionierte Lebensmittel auf die Märkte, die einheimische Bauern zum Aufgeben zwingen. Sie treiben Schulden ein, deren Zinsenzahlungen schon lange das geborgte Kapital überstiegen haben, und zwingen afrikanische Staaten, Exportprodukte wie Baumwolle statt Lebensmittel anzubauen. Sie arbeiten schamlos mit den korruptesten Diktatoren zusammen und haben es auch nach 20 Jahren nicht geschafft, die Entwicklungshilfe auf das selbst gesteckte Ziel von 0,7 Prozent des BIP anzuheben.

Wo sollte also jemand, der vor Hunger flieht, einen Ausweg finden, wenn nicht in Europa? Warum hat jemand, der vor dem Hungertod flieht, nichts will als arbeiten und damit auch noch mehrere Dutzend Menschen rettet, nicht ebenso Anspruch auf den Status als Flüchtling wie jemand, der vor politischer Verfolgung flieht? Diese Fragen drängen sich zwar angesichts der Flüchtlingsströme auf. Kaum jemand stellt sie sich. Lieber versucht man, sogar die wenigen, die Anspruch auf Schutz haben, zurückzudrängen. Und schickt verdurstende politische Flüchtlinge aus Somalia zurück an den Start. -----

1 29.8.2006, Quelle: italienische Nachrichtenagentur ANSA und lokale Onlinemedien



**Corinna Milborn**  
Autorin des Buches  
„Gestürmte Festung  
Europa“, Styria-Verlag

# Bevölkerungsmehrheit gegen Schubhaft!

Mal ehrlich: Wer ist eigentlich für Schubhaft? Ihr denkt vielleicht: die Rechten. Falsch gedacht! FPÖ und BZÖ werden sich hüten, die Schubhaft offensiv zu thematisieren. Ein Kommentar von Andreas Görg.



Denn in Schubhaft werden Menschen monatelang auf Staatskosten durchgefüttert. Illegalisierte sollen weg, basta. Der schulterzuckenden Mehrheit mag die Schubhaft auch niemand verkaufen. Besser nicht drüber reden, nicht genauer hinzeigen. Denn eigentlich haben die Inhaftierten nix verbrochen. Dann immer wieder Hungerstreiks. Womöglich Zwangsernährung, geh pfui. Fazit: Wer außer ein paar control-freaks im Innenministerium findet Argumente für die Schubhaft? Offiziell dient sie der Sicherung der Abschiebung. Und dafür wird frech ein fundamentales Menschenrecht außer Kraft gesetzt. In einem Menschenrechtsstaat wären die Verantwortlichen längst wegen Freiheitsberaubung selber im Häfen. Aber Zorn beiseite.

Es stellt sich die berechnete Frage: Wenn eh fast alle dagegen sind, wieso gibt es dann die Schubhaft immer noch? OK, die Mehrheit ist immerhin der Meinung, dass offene Grenzen Chaos bedeuten. Dies ungeachtet der Tatsache, dass die Grenzen eh offen sind: für alle Mehrheitsangehörigen selbst; für alle Waren und Dienstleistungen; für TouristInnen, die sich nach drei Monaten entscheiden, noch a bissi hierzubleiben und sich einen Job zu suchen, bei dem sie nicht auffallen; für alle, die genug Geld für SchlepperInnen ausgeben können, die ihr Handwerk verstehen. Aber OK, der Mythos der Grenze lebt halt in den Köpfen trotz des Falls des Eisernen Vorhangs, der Globalisierung und EU-Osterweiterung weiter. Erklärt das, warum die Schubhaft nicht längst abgeschafft ist? Naja, zumindest nehmen die Verantwortlichen daher ihre Chuzpe. Sie wissen genau, dass die schulterzuckende Mehrheit nicht auf eine Abschaffung der Schubhaft drängen wird. Solange es die Mehrheit selbst nicht betrifft, ist das Thema einfach nur zu pfui, um überhaupt darüber nachzudenken.

So. Jetzt können sich diejenigen, die bis hierher mitgedacht haben, wieder gut fühlen. Aber wir sind nicht gut genug. Das Verbrechen Schubhaft geht weiter. Wir haben es bisher noch nicht geschafft, auch nur in die Nähe einer realistischen Änderung der Politik zu kommen. Trauen sich eigentlich die Grünen, offen gegen Schubhaft Stellung zu beziehen? Wollen sie das überhaupt? Solange Schubhaft als notwendiges Übel gedacht wird, wird sich nix bewegen. Schubhaft ist allerdings keineswegs notwendig. Theoretisch bestimmt sogar das Gesetz, dass sie nur angewendet werden darf, wenn es keine gelinderen Mittel gibt. Praktisch haben unsere GrenzwächterInnen den Spieß aber umgedreht: Es gibt halt in ihren Augen kein gelinderes Mittel, um die Abschiebbarkeit zu sichern.

Dieses Denken kann auch nur kranken Hirnen entspringen. Denselben kranken Hirnen, die dann zu Spritze, Fesseln und Foltermethoden greifen, um die Abschiebung durchzusetzen. Wieder Zorn beiseite.

## Was kostet eigentlich die Schubhaft pro Nase?

Gebäude, Überwachungspersonal, Verpflegung, Reinigung, da kommt sicher ordentlich was zusammen. Als noch in Schilling gerechnet wurde, sind seriöse Berechnungen auf die stolze Summe von 600,- ÖS pro Tag und Nase gekommen. Meinetwegen soll die Schubhaft immer noch nur 45,- EUR pro Tag und Nase kosten. Wahnsinn. Bitte zeigt mir die illegalisierte Person, die sich nicht täglich drei Stunden anstellt, um sich auch nur 30,- EUR in einer Polizeistation abzuholen. Die Schubhaft ließe sich ersatzlos abschaffen, die Kosten auf einen Schlag um mindestens ein Drittel senken, und nebenbei ganz ohne Freiheitsberaubung, Zwangsernährung und mysteriöse Herztote. Was wollt ihr mehr? Das müsste doch auch den Leuten beizubringen sein, die auf ihre eingebildeten Grenzen bestehen. Ich wär ja sehr gespannt auf einen Streit zwischen der Fraktion „Keinen Groschen an Illegalisierte“ und den geizgeilen SparpaketlerInnen mit humanistischem Anstrich. Aber Spaß beiseite. Ich denke, dass das Anfachen einer mainstreaminternen Diskussion über die Schubhaft dringend notwendig ist, um eingefahrene rassistische Denkmuster angreifbar zu machen und letztlich die Privilegien der Weißen/StaatsbürgerInnen genauso abzuschaffen wie einst die Privilegien des Adels. Alle, die hier sind, sind von hier! \_\_\_\_



Andreas Görg  
Initiative Minderheiten

# KEINE GITTER FÜR FLÜCHTLINGE!

[www.keinegitterfuerfluechtlinge.at](http://www.keinegitterfuerfluechtlinge.at)



# „DER HOCHZEITSMARSCH GEHT WEITER!“

Interview Ernst Pohn Foto Monika Morawetz

➔ Namenslisten hat das Innenministerium gefordert, Lösungen angeboten, zu Gesprächen eingeladen, schließlich öffentlich verkündet: „Die Altfälle sind gelöst.“ (Prokop). Die Wahrheit ist: Gar nichts ist gelöst. Jene binationalen Ehepaare, die ohne eigenes Verschulden durch das Fremdenrechtspaket über Nacht illegalisiert wurden, harren weiter der Dinge und trotzen mit viel Ausdauer den Versuchen der Politik, alles schön langsam im Sand verlaufen zu lassen. Wie man auf politischer Seite nur darauf hoffen kann, wenn auf ziviler Seite EhepartnerInnen von der Abschiebung bedroht sind, ist allerdings rätselhaft. Mittlerweile hat sich selbst das in Amsterdam beheimatete Anne Frank Haus für das Problem interessiert und tourt mit einer Wanderausstellung durch Österreichs Schulen.

Zum Gespräch kommt die Initiatorin von Ehe ohne Grenzen, Angela Magenheimer, direkt vom Round Table im Innenministerium. Enttäuscht. „Eigentlich hätten wir uns dieses Gespräch ersparen können. Wieder einmal ist nur um den heißen Brei herumgeredet worden“, kommentiert sie das unbefriedigende Ergebnis des Treffens mit den Zuständigen des Innenministeriums. Es war der zweite Termin, bei dem über jene Liste gesprochen wurde, die Magenheimer auf Wunsch des Ministeriums vor drei Monaten diesem übermittelt hatte. Im Juni machte man Ehe ohne Grenzen ein Angebot, die Namen der betroffenen EhepartnerInnen dem Innenministerium bekannt zu geben. Man versprach rasche Aufarbeitung der Fälle und Überprüfung früherer Verfahrensmängel. 60 der rund 190 Ehepaare der Initiative entschlossen sich, das Angebot anzunehmen. Mit einem mulmigen Gefühl, bedeutete es doch illegalisierte EhepartnerInnen der Fremdenpolizei zu nennen. Ein Wortbruch des Innenministeriums blieb zwar aus, andererseits erhielten seither nur zwei der 60 Fälle einen positiven Aufenthaltstitel; acht weitere, bei denen noch ein Asylverfahren im Laufen ist, wurden getröstet, auf den Aus-



gang des Verfahrens zu warten. Alle anderen Niederlassungsanträge befinden sich nach wie vor in Bearbeitung, fasst Magenheimer den momentanen Stand zusammen: „Ich habe das starke Gefühl, wir sind zum Spielball eines internen Konflikts geworden. Auf unserem Rücken werden Verantwortlichkeiten hin- und hergeschoben.“ Sie meint damit die Änderung der Zuständigkeit für Fremdenrechtsfälle von der Fremdenpolizei hin zur MA 35 in Wien. Rund 10.000 Akten seien bei der neu zuständigen Magistratsabteilung abgeliefert worden, so Magenheimer. Die MA 35 sieht sich nun überfordert und spielt die Verantwortung zurück ans Innenministerium. Als Konsequenz der behördlichen Unstimmigkeiten befinden sich die betroffenen Paare in einem dauerhaften Zustand der Ungewissheit.

## Herrengasse 7: wir demonstrieren weiter

„Die ständige Gefahr der Abschiebung ist nach wie vor allgegenwärtig. Erst kürzlich wieder wurden in Niederösterreich einige Betroffene schwarzer Hautfarbe von der

Polizei verhaftet und erst nach heftiger Intervention freigelassen“, erzählt Magenheimer. An der derzeitigen Gesetzeslage, dass Anträge auf Niederlassung nur aus dem Ausland gestellt werden können und dass von den Ehepaaren ein Mindesteinkommen von 1.056 Euro gefordert wird, hat sich nichts geändert und wird wohl in naher Zukunft nichts ändern – frühestens unter einer neuen Regierung.

In der Zwischenzeit setzt Ehe ohne Grenzen die Arbeit mit unvermindertem Engagement fort. Weiterhin finden wöchentlich Protestkundgebungen vor dem Innenministerium in der Herrengasse Nr. 7 statt. Die Forderungen nach einem Aufenthaltsrecht für die EhepartnerInnen und nach einer dringenden Sanierung des Fremdenrechts wird weiterhin lautstark an die Politik herangetragen. Die AktivistInnen denken bereits über die Ausweitung ihrer Aktivitäten nach.

Während eine Gruppe heftig an einer Homepage bastelt, arbeitet ein zweites Team an einem Dokumentarfilm zur Causa binationale Ehen.



## Anne Frank Haus tourt durch Österreich

Auch im Rahmen der Wanderausstellung des international agierenden Anne Frank Hauses an österreichischen Schulen wird ein Filmbeitrag über die Situation binationaler Ehepaare gezeigt. Neben der Anne Frank Dauerausstellung werden jeweils aktuelle nationale Themen diskutiert, in Österreich die Auswirkungen des neuen Fremdenrechts.

Ehe ohne Grenzen hat sich zwar aus akutem Anlass gegründet, möchte sich aber künftig institutionalisieren und den Arbeitsbereich vergrößern. Eine Recherchegruppe befasst sich mit Alltagsrassismen in der Sprache und ein Arbeitsteam erstellt derzeit ein genaues Profil der Initiative, um Sponsoren zu finden. Auch die Organisation von Sprachkursen und eine regelmäßige Medienbeobachtung werden angedacht. „Unter den 30 bis 40 Personen, die sich sehr intensiv engagieren, haben wir von der Grafikerin bis zur Eventmanagerin Leute mit den unterschiedlichsten Fähigkeiten“, so Magenheimer. Rund ein Viertel der geschlossenen Ehen in Österreich ist binational. Es handelt sich also längst um keine Randgruppe mehr, eine Interessensvertretung fehlt jedoch. Das ist eine Lücke, die Ehe ohne Grenzen längerfristig schließen möchte. Magenheimer: „Die Situation vieler Ehepaare macht es dringend nötig, mit einer kräftigen, gemeinsamen Stimme in der Öffentlichkeit vertreten zu sein. Wir werden auch weiterhin politisch lästig bleiben.“

### Hochzeitsmarsch

Jeden Mittwoch, 17 Uhr, 1. Bezirk, Herrngasse 7  
www.ehe-ohne-grenzen.at

# Aufruf ZU Aktionen ZUM THEMA Migration IN WIEN

Am 7. Oktober 2006 findet ein **transnationaler Aktionstag zum Thema Migration** statt. An diesem Tag werden an zahlreichen Orten in Afrika und Europa AktivistInnen für Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für Alle protestieren. In Folge der europäischen Politik der Plünderung von Ressourcen und Ausbeutung von Menschen – u.a. in Afrika – finden erstmals vernetzte Proteste auf beiden Kontinenten statt.

Die Aktionen in Österreich richten sich gegen die ständig schlechter werdenden Lebensbedingungen der Menschen, insbesondere für MigrantInnen. Im Rahmen von **zentralen und dezentralen Aktionen** werden die Forderungen und Auseinandersetzungen der Beteiligten thematisiert und vorgestellt. Doch damit nicht genug: **Alle sind aufgefordert**, sich im öffentlichen Raum fantasievoll und kreativ aufzuführen.

Als Ausdruck des gemeinsamen Protestes und Ärgers über die herrschenden Zustände findet eine **Demonstration** statt:

**Samstag, 7. Oktober 2006 in Wien**

**Treffpunkt: 14.30 Uhr vor dem Schubhaft-Gefängnis**

**Hernalser Gürtel 8-12 (U6 Josefstädter Straße)**

### Gefordert werden unter anderem:

- > Gleiche soziale und politische Rechte für Alle
- > Eine bedingungslose Legalisierung in allen EU-Staaten
- > Die Abschaffung aller Schubhaft-Gefängnisse und Internierungslager für MigrantInnen und Flüchtlinge in Europa und überall
- > Das Ende aller Abschiebungen
- > Stopp der Expansion der europäischen Abschottungs- und Ausbeutungspolitik
- > Arbeitserlaubnis unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- > Grundeinkommen für alle unabhängig von StaatsbürgerInnenenschaft
- > Gegen unsichere und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse

Als Grundlage für diese Forderungen schließen wir uns dem Aufruf zum Migrationsaktionstag zahlreicher Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen in Afrika und Europa an. Gleichzeitig rufen wir zu einer verstärkten Organisation gegen staatliche Rassismen auf.

### Vorbereitungstreffen:

Jeden Freitag  
18.00 Uhr  
Amerlinghaus,  
Stiftgasse 8  
1070 Wien

### Kontakt:

nofin@gmx.net

### Weitere Informationen:

www.no-racism.net

# „DORT, WO MAN ZU HAUSE IST ...“ – HEIMATIDYLLE MIT TÖDLICHEN FOLGEN

ALS „HEIMAT-PARTEI“ NEUEN ZUSCHNITTS PRÄSENTIERT KANZLER WOLFGANG SCHÜSSEL SEINE PARTEI UND SUCHT DABEI IDEOLOGISCHE HILFE BEIM UMSTRITTENEN POLITIKWISSENSCHAFTER SAMUEL P. HUNTINGTON. DESSEN AUSFÜHRUNGEN ÜBER DEN ABWEHRKAMPF GEGEN „FREMDE“ KULTUREN UND IDENTITÄT ALS ENGE, INTIME GEMEINSCHAFT LÄSST ZUZUG PER SE ALS ANGRIFFF ERSCHNEINEN. Text Martin Wassermaier Illustration Petja Dimitrova



„Tosendes Wasser, das sie mitriß, ihre gellenden Hilfeschreie erstickte, sie über glatten Fels, immer näher an den tief abstürzenden Wasserfall schleuderte.“ Die Spannungskurve steigt gleich zu Beginn rasant nach oben. „Doch ehe dieses Brüllen sie verschlang, entrissen zwei starke Arme die dem Tode Nahe dem eiskalten nassen Element und trugen sie auf sicheren Boden.“ Noch einmal davongekommen! So titelt denn auch jenes Heftchen, das beim Durchwühlen der Belletristik im Kleinformat ganz oben zu liegen gekommen ist. Es ist ein Heimatroman unter vielen dieser Art. Nicht weiter von Bedeutung, Schundliteratur eben, wie sie im Unterricht zur deutschen Sprache meist abschätzig Erwähnung findet.

Im Heimatroman ist die Banalität die Wiege, in die alle Hoffnungen und Sehnsüchte gebettet sind. Sie setzen die Katastrophe voraus, die Bedrohung durch Naturgewalten. Da verfinstern sich die Himmel, werden von zuckenden Blitzen aufgerissen, deren irisierender Schein die Verwüstung der stürmischen Nächte oft nur für kurze Augenblicke offenbart. Vor dieser Kulisse vertieft die immer wieder eintretende Lebensrettung das Glück der heimatlichen Geborgenheit.

Die Grausamkeiten der Natur, das Hereinbrechen von Gefahren und die dadurch ausgelösten Notlagen lassen sich selbstverständlich nicht auf gesellschaftliche Realitäten übertragen. Umso erstaunlicher also, dass uns insbesondere in Vorwahlzeiten manche Parteien Schablonen heimatlicher Banalität

vor Augen führen, deren Strickmuster leicht durchschaubar sind. Sie wollen Ängste, Ressentiments und Verteidigungsreflexe mobilisieren, um auf diese Weise Zustimmung zu finden. Ein Spitzenkandidat, der sich für die Bildsprache der Plakate am frischen Quellwasser der Bergwelt labt, vertritt da noch eher eine moderate Gangart in der Inszenierung von schützenswerter Geborgenheit. Skurriler muten da schon Versuche an, in die Zeichensysteme des Sports vorzudringen. Völlig ungeachtet des Umstands, dass Österreich im internationalen Fußball weit abgeschlagen ist, sah der neue BZÖ-Frontmann Peter Westenthaler im Weltmeisterschaftstrubel des Sommers 2006 den Zeitpunkt gekommen, um – ausgerechnet mit einem emporgestreckten Fanschal in Rotweiß-rot – der Öffentlichkeit seine „Lust auf Heimat“ aufzudrängen.

Fernab jeder Komik erlebt aber der Heimatrend eine zunehmend Besorgnis erregende Konjunktur. Selten zuvor konnte derart unverhohlen die Deportation von 300.000 Menschen unter dem Vorwand gefordert werden, dass nur damit Schaden von der Heimat fernzuhalten sei. Seither übertreffen sich die Menschen verachtenden Töne beinahe täglich. Dabei finden die Lockrufe des xenophoben Wählerfangs auf Websites und Plakatwänden – darin vereint sich die FPÖ unter Heinz Christian Strache mit dem abgespaltenen BZÖ – einen fruchtbaren Boden vor, der bereits seit Monaten vor allem auch von der Kanzlerpartei aufbereitet wird.

Die ÖVP hat seit 2000 eine Kurswende vollzogen, mit der sie nicht zuletzt neokonservative Vorbildern wie der US-Administration unter George W. Bush folgt. In diesem Zeitraum ist immer öfter zu vernehmen, dass nur die „Bürgermeister-Partei“ mit der tiefen Verwurzelung in den Regionen den Anspruch erheben könne, „Heimat-Partei“ zu sein. Da verwundert es nicht, dass auch Wolfgang Schüssel das Gedankenjahr 2005 mit einer Frage eröffnete, deren Beantwortung er sogleich bereit hielt: „Wer sind wir?“ Das Auditorium musste nicht lange warten, um zu erfahren, dass Österreichs Regierungschef bei Samuel P. Huntington, einem umstrittenen Politikwissenschaftler und maßgeblichen Urheber des Abwehrkampfes gegen vermeintlich fremde Kulturen, nachgelesen hat. „Huntington“, so erklärte Schüssel vor laufenden Kameras, „sucht nach der Identität“, nach dem „Gemeinsamen, nach dem für eine Nation unverzichtbaren Zusammenhalt angesichts immer neuer Herausforderungen“. Diese Frage stelle sich auch in Österreich „immer stärker und immer drängender“.

Dieser Appell gilt vor allem Politikbereichen, die kulturell-hegemoniale Wirkung entfalten. Der als „Bedrohung und Entwurzelung erlebten Globalisierung“, so die offizielle Linie der ÖVP, „kann nur mit Regionalisierung und Heimatorientierung geantwortet werden. Die Betonung regionaler Identitäten, Subsidiarität und Entschleunigung sind richtige Strategien“. Huntington hat die Losung ausgegeben, dass sich Menschen mit jenen identifi-



zierten, die ihnen am ähnlichsten seien und „denen sie sich durch die gleiche Ethnizität oder Religion, durch gemeinsame Traditionen, einen gemeinsamen Abstammungsmythos und eine gemeinsame Geschichte verbunden fühlen“. Somit erfahren jetzt auch in Österreich katholische Sender bei der Vergabe von regionalen Rundfunkfrequenzen besondere Berücksichtigung, werden an den Stammtischen „rot-weiß-rote Liederbücher“ verteilt, und auch die Wirtschaft soll mit historischen Rückblenden auf die nationalen Mythen der Wiederaufbaugeneration angekurbelt werden.

„Modernisierung, wirtschaftliche Entwicklung, Verstärkung und Globalisierung“, schreibt Samuel P. Huntington in seinem Buch *Who Are We*, „führen dazu, dass Menschen ihre Identitäten neu überdenken und sie enger, intimer, gemeinschaftlicher definieren.“ In diesem Sinne kommt der Autor auch zu folgendem Schluss: „Alle Gesellschaften werden immer wieder in ihrer Existenz be-

droht und fallen schließlich einer dieser Bedrohungen zum Opfer. Einigen Gesellschaften gelingt es jedoch, gerade angesichts der Bedrohung ihren Untergang zu verschieben, indem sie ihren Verfallsprozess aufhalten und umkehren und ihre Identität und Vitalität erneuern.“

Was in Österreich unter Erneuerung von Identität und Vitalität zu verstehen ist, wurde allein in den vergangenen Jahren deutlich: Im Juli 2003 endete der Einsatz von Polizei und Rettungskräften für den in Mauretanien geborenen Seibane Wague tödlich. Am 4. Oktober 2005 wurde Yankuba Ceesay in der Schubhaft tot aufgefunden, nachdem die Behörden vom lebensbedrohlichen Gewichtsverlust des Asylsuchenden aus Gambia einfach keine Notiz genommen hatten. Und auch am 7. April 2006 sollte ein Schubhäftling nach Westafrika abgeschoben werden. Bakary J., der in Wien Frau und Familie hat, informierte das Flugpersonal darüber, dass er dieser Zwangsmaßnahme nicht zugestimmt habe.

Die rot-weiß-rote Entschlossenheit brachte ihm schwerste Misshandlungen durch Exekutivbeamte ein. Amnesty International spricht von Folter. Ende August hat das Gericht – wie auch schon in den Fällen davor – mit 8 Monaten bedingter Haft ein äußerst mildes Urteil gefällt. Die Staatsanwaltschaft geht nicht in Berufung, was wiederum befürchten lässt, dass sich nun auch die Justiz der neuen Heimatidylle mit zunehmend tödlichen Folgen immer weniger widersetzt.

„Heimat“, notierte Peter Huemer in seinem neuen Buch *Heimat.Lügen.Literatur*, „ist ein zerschundenes Wort, unendlich missbraucht, ein historisches Trümmerfeld.“ Vielleicht sollte der namhafte Publizist mit seiner Anteilnahme in der Welt der Heimatromane Trost suchen, „dort, wo man zu Hause ist“, wie deren verkitschte Aufmachungen im Alpenpanorama und mit Rosengärten titeln. Denn die Realitäten der Heimat, die als politische Konstruktion dem billigen Stimmengewinn und der rassistischen Verhetzung von Menschen dient, sind vor allem für jene Menschen in höchstem Maße bedrohlich, die nach Österreich kommen, weil sie sich in einem der reichsten Staaten der Welt das Grundrecht auf ein Leben abseits von Verfolgung, Perspektivlosigkeit und Armut erhoffen. Heimat schindet und missbraucht, das ist ihre alltägliche Erfahrung – und an einem solchen Ort will niemand gern zu Hause sein! -----

# WEDER AFRIKANER NOCH ÖSTERREICHER: EIN IDENTITÄTS- PROBLEM

WIE JUNGE ÖSTERREICHERINNEN  
AFRIKANISCHER HERKUNFT VON BEIDEN GESELLSCHAFTEN  
ABGELEHNT WERDEN. EIN BEISPIEL AUS DEM LEBEN  
EINES JUNGEN ÖSTERREICHERS AUS GHANA. Text Simon Inou Illustration Petja Dimitrova





Kofi Akwanpa\* sieht sich gern als „echter Wiener ghanesischer Herkunft“. Vor 25 Jahren kam er in Wien zur Welt. Vor 30 Jahren kamen seine Eltern nach Wien, um zu studieren. Der Vater, der jetzt in Ghana lebt, absolvierte die Wiener Technische Universität und die Mutter das Studium der Politikwissenschaften an der Universität Wien. Beide aus Ghana, kamen sie aus zwei verschiedenen ethnischen Gruppen, die sich sprachlich unterscheiden. Ihre drei Kinder wuchsen viersprachig auf: Englisch, Deutsch, Fante und Ewe. À la longue war es, wie Kofis Mutter sagt, „stressig“ und verwirrend sowohl für die Eltern als auch für die Kinder, so weiterzumachen. Sie entschlossen sich, ihre drei Kinder nur auf Englisch und Deutsch zu erziehen. Was für sie wesentlich leichter war. Zuhause sprach man Englisch und sogar Deutsch. Schulaufgaben wurden auf Deutsch gemacht.

### In Österreich sozialisiert

Kofi Akwanpa spricht perfekt Deutsch und ist sehr stolz, sogar auch wienerisch reden und schreiben zu können. Fragt man ihn nach seiner Muttersprache, antwortet er stolz: „Deutsch natürlich“. „Hier bin ich in die Schule gegangen, habe hier in Österreich studiert, habe meine Freunde hier. Anders gesagt: ich wurde in Österreich sozialisiert.“ Obwohl er seit seinem zweiten Lebensjahr alle zwei Jahre mit den Eltern nach Ghana gereist ist, kann er mit Ghana nicht viel anfangen, obwohl „ich das Land und die Leute sehr schätze“.

Für die Eltern war es wichtig, den Kindern beide Kulturen nahezubringen. Kofi erinnert sich an Skiurlaube in Tirol, Vorarlberg und der Steiermark und betont: „Wir waren immer die einzige afrikanische Familie, wo immer wir skifahren waren.“ Auch Urlaube auf Bauernhöfen, Ausflüge in mehrere touristische Orte Österreichs wie Mariazell, Großglockner, sogar Melk und Radenthein in Kärnten gehören zu Kofis Kindheitserinnerungen.

### Meine Gefühle, meine Umgebung, meine Freunde

Bezüglich der Heimat seiner Eltern erinnert sich Kofi: „Als ich 21 war, besuchte ich die Familien meiner Eltern in Ghana. Dort tauchten die ersten Heimatgefühle auf. Ich fühlte mich mehr als Österreicher denn als Ghanese.“ Er entschloss sich, nach 13 Tagen Urlaub nach Österreich zurückzukehren. Was zu einem Wirbel in der Familie geführt hatte. „Mein Vater verstand es nicht und meine Mutter schwieg“, sagt er leise.

„In Ghana war ich in den Augen vieler leider immer der ‚weiße‘ Ghanese, der aus Europa kommt und der bald wieder gehen wird.“ In Ghana langweilte er sich „weil ich nicht zuhause (in Wien) war“. Er konnte sich zwar auf Englisch ausdrücken, aber es fehlte ihm, was er jahrelang in Österreich aufgebaut hatte: „Meine Gefühle, meine Umgebung, meine Freunde, meine Clubs, meine Lokale, meine Sportkamaraden, meine Beziehungen. Einfach gesagt, mein Sozialisationsmilieu.“

### Ein Schwarzer am Schalter ...

Kofi fühlt sich als Österreicher, glaubte hier seine Heimat zu haben. Nach der Uni musste er aber bittere Erfahrungen machen. Nach dem Abschluss seines BWL-Studiums an der Wirtschaftsuniversität in Wien – „mit ausgezeichnetem Erfolg“ wie er präzisiert – wollte er Karriere im Bankenbereich machen. „Eine rosige Zukunft für mich“, träumte er damals. Weil „ich mit Zahlen und Menschen sehr gut umgehen kann. Beide waren seit Jahren meine Stärken“. Um eine Kar-

riere zu machen, wollte er von ganz unten beginnen. Er bewarb sich in einer bekannten österreichischen Bank und wollte am Schalter beginnen. Er wollte, wie er formuliert „direkten Kontakt mit Menschen haben“. Ein unrealistischer Traum als Österreicher schwarzer Hautfarbe. Er wurde *nicht* aufgenommen. Einige Wochen später erfuhr er durch einen Freund, der auch bei dieser Bank arbeitete, dass es für diese Bank „negative Folgen auf die traditionelle österreichische Kundschaft hätte“, einen Schwarzen am Schalter zu beschäftigen.

### ... das wäre für diese Bank eine Revolution gewesen

Ähnliche Geschichten hatte er in seinem Wiener afrikanischen Freundeskreis sehr oft gehört. „Viele meiner FreundInnen wurden an öffentlichen Stellen und bei unterschiedlichen Firmen nicht akzeptiert, weil die Firmen argumentierten, die Kunden würden protestieren und ihre Kundschaft verlieren.“ Ein Killerargument für jeden Jobsuchenden. „Ich wollte mich auch sichtbar zeigen, nicht immer in irgend einem Keller oder Büro zu arbeiten, wo ich nur Kontakt zu Papier habe. Das wäre für diese Bank eine Revolution gewesen ... auch die internationale Profilierung, nicht nur in Zahlen und Ländern, sondern auch im Mitarbeiterbereich zu zeigen.“

### Hierzulande noch nicht bereit

In Österreich werde er nicht als Österreicher und wegen seiner Hautfarbe nur an „manchen Orten akzeptiert und toleriert“. Obwohl er sein ganzes Leben hier verbracht hat, perfekt Deutsch spricht und hier ein Studium brillant abgeschlossen hat. In Ghana werde er akzeptiert, aber es fehlt ihm seine soziale und kulturelle Umwelt. Was ihm Integrationschwierigkeiten bereiten würde. Ein Identitätsproblem.

Aber es tut ihm wirklich weh, dass viele ÖsterreicherInnen, aber auch viele österreichische Institutionen, noch nicht bereit sind, schwarze Menschen als ÖsterreicherInnen zu akzeptieren. „Aber das ist eigentlich kein österreichisches Phänomen“, bemerkt er. Ganz Europa tut sich schwer, mit Menschen unserer Hautfarbe umzugehen, obwohl mehrere seit Generationen hier leben und arbeiten. „Ich kenne afrikanische Familien, die seit drei Generationen in Österreich leben. Die Kinder dieser Familien haben immer nach der Matura Österreich verlassen, um in England oder den USA zu studieren. Was, meine ich, für mein Land Österreich beschämend ist.“

Inzwischen haben seine fünf Universitätsfreunde Jobs entsprechend ihrer Ausbildung bekommen. Er arbeitet auch in einem bekannten IT Unternehmen und hat viel Spaß dabei. Aber sein Traum als Banker hat sich nicht erfüllt und das wegen ... „meiner Hautfarbe“. -----

Simon Inou ist Chefredakteur von Afrikanet, [www.afrikanet.info](http://www.afrikanet.info), dem ersten Internetportal von und über Menschen afrikanischer Herkunft im deutschsprachigen Raum.

\* Name geändert

**Das Renner-Institut**

**Veranstaltungen**

**Newsletter**

**Studienprogramm**

**Publikationen**

**Dokumentation**

**Kreisky-Preis**

**Download**

**Links**

**Service**

**Feedback**



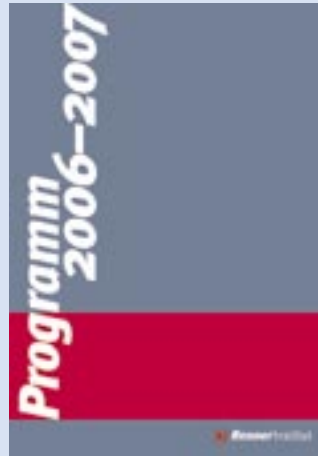
Alternativen in der  
Wirtschafts- und  
Sozialpolitik

Leistung und  
Gerechtigkeit

Menschenrechte

Migrations- und  
Integrationsfragen

Global Politics



Die Veranstaltungen und Projekte  
des Renner-Instituts bieten politische  
Information, Gelegenheit zur Debatte  
und zur persönlichen Weiterbildung.

Details des neuen Studienprogramms  
2006/2007 finden Sie auf unserer  
Website.

Wir laden Sie herzlich ein, unser  
Angebot zu nutzen.

Khleslplatz 12, 1120 Wien  
T 01-804 65 01-0  
F 01-804 08 74  
post@renner-institut.at

# RennerInstitut

**Das Renner-Institut**

**Veranstaltungen**

**Newsletter**

**Studienprogramm**

**Publikationen**

**Dokumentation**

**Kreisky-Preis**

**Download**

**Links**

**Service**

**Feedback**



Alternativen in der  
Wirtschafts- und  
Sozialpolitik

Leistung und  
Gerechtigkeit

Menschenrechte

Migrations- und  
Integrationsfragen

Global Politics



Die Veranstaltungen und Projekte  
des Renner-Instituts bieten politische  
Information, Gelegenheit zur Debatte  
und zur persönlichen Weiterbildung.

Details des neuen Studienprogramms  
2006/2007 finden Sie auf unserer  
Website.

Wir laden Sie herzlich ein, unser  
Angebot zu nutzen.

Khleslplatz 12, 1120 Wien  
T 01-804 65 01-0  
F 01-804 08 74  
post@renner-institut.at

# RennerInstitut

## SHAKING NEWS



### INTERKULTURELL.AT

In Wien ist soeben die erste interkulturelle, interaktive Website gestartet. Alle, die ein Handy haben, können die Site mitgestalten, indem sie kleine Beobachtungen in Wien filmen oder fotografieren und per Mail an [redaktion@interkulturell.at](mailto:redaktion@interkulturell.at) schicken. Die Initiative richtet sich an alle, die am pulsierenden Wien teilhaben wollen.

Wien ist eine multikulturelle Stadt, zu deren Attraktivität und Dynamik die in Wien lebenden Menschen mit transnationalen Bezugspunkten wesentlich beitragen. Bereits mehr als ein Viertel der Bevölkerung weist einen Migrationshintergrund auf. Das spiegelt sich auch auf allen Ebenen des Wiener Lebens wider. [www.interkulturell.at](http://www.interkulturell.at) bietet einen Rahmen für spontane Reflexion und kritische Interaktion.

### EXILE FAMILY MOVIE

Eine Familiengeschichte? Normal, verrückt und außergewöhnlich zugleich. Filmmacher und Familienmitglied Arash kompilierte found footage und eigene Aufnahmen über Exil und Heimat, Eltern, Großeltern, Geschwister und all die anderen Verwandten einer persischen Großfamilie, die teils nach Europa und Amerika emigriert, großteils aber im Iran geblieben ist. Allen Gefahren zum Trotz gibt es nach 20 Jahren ein geheimes Wiedersehen an einem dafür absurden, für die iranische Obrigkeit aber unverdächtigen Ort: in

Mekka, Saudi-Arabien. Mensch kommt aus Amerika, Schweden, Österreich und dem Iran ange-reist. Es wird gelacht, gestritten, gekocht, gefeiert, es gibt übermäßig viele Umarmungen und Küsse, und auch im Privaten reiben sich die unterschiedlichen Sozialisierungen der örtlich fernen Verwandten, die über Jahre nur durch Videobotschaften näher kamen. Österreich/Iran, 1994–2006, Filmstart: 29. September.

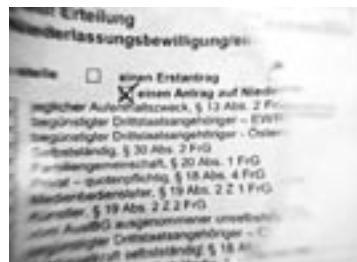
[www.film.at/exile\\_family\\_movie\\_1/\\_28k](http://www.film.at/exile_family_movie_1/_28k)



### EU PLANT ABNAHME DER FINGERABDRÜCKE VON KINDERN

Im Jahr 2000 wurde die EURO-DAC-Verordnung erlassen, ein Fingerabdruck-Identifizierungssystem der EU-Mitgliedsstaaten zur Bekämpfung undokumentierter Migration. Die EU wurde somit als Überwachungsgemeinschaft weiter ausgebaut. Von Transparenz kann allerdings keine Rede sein. Entschieden wurde von einem Komitee, das sich unter Ausschluss der Öffentlichkeit trifft und dessen Dokumente geheim sind. Diskutiert wird nicht länger Sinn und Berechtigung dieser Einrichtung, sondern nur noch das Alter, ab welchem Kinder ihre Fingerabdrücke geben müssen. Den EU-Mitgliedsstaaten steht diese Entscheidung frei. Denn die technischen Möglichkeiten wollen dem politischen Willen nicht ganz folgen: Solange Menschen im Wachstum begriffen sind, braucht es höchst aus-

geklügelte Computerprogramme, um die Datenerkennung zu gewährleisten. Mehr dazu unter: [no-racism.net/article/1777/#anm4](http://no-racism.net/article/1777/#anm4)



### MIGRATION: NORMALITÄT DER UNGLEICHHEIT? CONFRONTING INEQUALITY!

Lesetipp: *Kurswechsel*, Heft 2/2006: In öffentlichen Diskursen werden „AusländerInnen“ primär als Problem beschrieben. Die Zeitschrift *Kurswechsel* beschäftigt sich aktuell mit Migration und Integration und stellt die Frage: Wie können in der herrschenden Re-/Produktion sozialer Asymmetrien in Verbindung mit Migration neue Bilder entwickelt werden? Wie kann es gelingen, MigrantInnen nicht ausschließlich als leidende, passive Personen zu verstehen, sondern als AkteurInnen, die ihre Umwelt aktiv mitgestalten? Die Diskussion richtet sich somit auf Strategien rund um die Verfügbarkeit und den Kampf um soziale Ressourcen. Hierbei werden die Inkorporation von MigrantInnen in die vorherrschenden strukturellen Bedingungen, als auch die Diskriminierung und Stigmatisierung dieser Personen in der Mehrheitsgesellschaft analysiert. [www.beigewum.at](http://www.beigewum.at)

### FREIHEIT DER KUNST

Auch KünstlerInnen sind vom neuen Fremdenrecht betroffen. Obwohl die Freiheit des

künstlerischen Schaffens in der österreichischen Verfassung verankert ist, ignoriert die neue Rechtslage dieses Grundrecht. Seit 1. Jänner 2006 lässt das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG) nur noch vorübergehenden Aufenthalt für KünstlerInnen zu. Die quotenfreie Niederlassungsbewilligung für KünstlerInnen gibt es nicht mehr. Bereits ausgestellte Niederlassungsbewilligungen wurden mit Jahresbeginn ungültig. KünstlerInnen ohne EU/EWR-Pass müssen teils nach vielen Jahren das Land verlassen – oder den Beruf wechseln, um in Österreich bleiben zu können. Die IG Bildende Kunst fordert eine sofortige Aufhebung des NAG, die Achtung des Grundrechts auf Freiheit der Kunst, ein Ende der systematischen Diskriminierung von MigrantInnen aufgrund von Beruf, Einkommen und StaatsbürgerInnenenschaft! [www.igbildendekunst.at](http://www.igbildendekunst.at)

# LIMITED LOUNGE GASTGARTEN DER ‚ILLEGALEN‘

Text Anita Szaftich Fotos Petja Dimitrova

➔ Der Eingang zum Gastgarten ist ein schweres Eisentor, das immer verschlossen ist. Wer hinein will muss sich durch wildes Heckenwerk schmuggeln – illegal. Die Limited Lounge war im August und September ein Kultur-Gastgarten auf der Wiener Mariahilfer Straße, der erstmals Themen wie Asyl und Migration abseits verbrämter Wahlkampfrhetorik in den öffentlichen Raum transplantierte. PassantInnen waren irritiert. Eine Intervention von SOS Mitmensch und dem Kulturverein Pura Vida.

Der Anlass: „In Österreich gibt es derzeit keinen legalen Weg zum Asylansuchen mehr. Flüchtende Menschen müssen sich zuerst in den Status der Illegalität begeben, bevor sie überhaupt um Asyl ansuchen können. Flüchtlinge als „Illegale“ zu bezeichnen, stellt aber eine systematische Denunzierung dar“, verweist Philipp Sonderegger, Sprecher von SOS Mitmensch, auf eine äußerst problematische Praxis.

## Zaungäste werden zu Illegalen

„Wer hinein will, muss eine Entscheidung treffen, die vom Prinzip her der von Flüchtlingen und MigrantInnen gleicht: Bleib ich draußen, oder geh ich rein und werde illegal? Mit dem nicht unwesentlichen Unterschied, dass unsere Gäste keine existenzielle Gefährdung eingehen müssen“, meint Sonderegger.

Ein Schild mit der Aufschrift ACHTUNG Limited Lounge macht BesucherInnen auf das Ziel der Intervention aufmerksam. Infrage gestellt werden Bezeichnungspraxen und Wahrnehmungsmuster von AsylwerberInnen und MigrantInnen, die in Wahlkampfzeiten ihr Fett doppelt und dreifach abkriegen. Wer die Sommergespräche und TV-Konfrontationen im ORF mitverfolgt hat, konnte sich davon ein Bild machen. Nach wie vor wird das Anprangern und Denunzieren bestimmter Bevölkerungsgruppen zum Stimmenfang eingesetzt.



## Shake the Limited

Das ist eine widerliche politische Praxis, gegen die sich auch KünstlerInnen massiv stellen. Rund 70 Bands, DJs, MusikerInnen und AutorInnen waren bereit, auf der kleinen Bühne der Limited Lounge für „Illegale“ und Zaungäste aufzuspielen, zu diskutieren, aufzulegen, zu lesen. Ob Elektro, Punk, Rock, Pop, Hip-Hop, Balkansounds, Experimentalmusik oder Austropop – in der Limited Lounge findet jeder Geschmack einen Termin. Durch die breite Musikauswahl lassen sich viele verschiedene Menschen erreichen. „Wir haben schon Stammgäste, die mehrmals wöchentlich bei uns vorbeischauen“, meint Katja, die sich hinter der Bar um die Wissensdurstigen kümmert.

## „Wir werden die Mehrheit überzeugen“

Wann immer Themen wie Asyl, Flucht und Migration diskutiert wurden, zeigte sich,

wie groß die Irritation vieler Menschen sein muss. Immer wieder blieben PassantInnen verstohlen rund um die Lounge stehen und lauschten. Vielleicht waren sie verschreckt, vielleicht begannen sie auch nachzudenken. Dass diese Inhalte in öffentlichen Räumen abseits jeglicher Wahlpropaganda und hetzerischem Ton stattfand, musste jedenfalls vielen neu vorkommen. Um den Kern der Limited Lounge kreiste das Gespräch von Robert Misik (*Falter, profil*) mit der Autorin Corinna Milborn über deren Buch *Die gestürzte Festung Europa*. Sie wirft Europa bei den Fragen Migration und Asyl den Verrat an den eigenen Werten vor. Europa sei eine Idee, die im Wesentlichen auf den Menschenrechten fuße. An den Grenzen Europas, den (gesellschaftlich) inneren und (geografisch) äußeren, würden diese Rechte vorenthalten. Illegale Einwanderung sei ein Ausdruck des heuchle-





rischen Umgangs mit Migration: Einerseits würden wir die billige Arbeitskraft in Anspruch nehmen, andererseits wären wir nicht bereit, die Realitäten anzuerkennen. Die Limited Lounge nehme diesen Ball im Zentrum Wiens auf, so Milborn. Ganz optimistisch. Dazu Robert Misik: „Wir sind noch eine verschwindende Minderheit, die zunächst eine qualifizierte Minderheit überzeugen muss. Dann können wir daran gehen, die Mehrheit zu überzeugen.“

#### **Tschuschenkapelle, Elektro, Bio**

Zum Bersten voll ist die Limited Lounge vor allem dann, wenn Live-Konzerte auf dem Programm stehen. Mit dabei sind Protest-songcontestgewinner Jörg Zemmler, die Tschuschenkapelle, Harri Stojka, Clara Luzia, Side Effect, Tres Monos, Christoph und Lollo, um nur einige zu nennen. Zur Eröffnung am 19. August hat das Irievibra-

tions Soundsystem einige ihrer Lieblingsnummern aufgelegt. Auch der Wiener Elektronikus b.fleischmann werkelte an den Reglern. Die illustre Künstlerrunde vervollständigten die SchriftstellerInnen Dimitré Dinev und Katarina Rohringer Vešovi. Letztere las einen eigens für diesen Anlass geschriebenen Text, in dem sie persönliche Erlebnisse rund um das Thema „fremd sein“ verarbeitet hatte. -----

## LIMITED LOUNGE

# VON PREKÄREN EXISTENZEN UND SCHWARZEN MÄRKTEN

ARNO PILGRAM

ÜBER DEN UNSINN, GESELLSCHAFTLICHE GRUPPEN ÜBER KRIMINALITÄT ZU DEFINIEREN, ÜBER DROGENDEALER ALS LEISTUNGSTRÄGER INFORMELLER MÄRKTE UND DEREN WACHSEN ALS AUSDRUCK ZUNEHMENDER PREKARITÄT. Interview Philipp Sonderegger Dokumentation Andreas Hackl

➔ **„Ausländer“ und Kriminalität wurden auch in diesem Wahlkampf wieder als fixes Junktim formuliert. Lassen sich gesellschaftliche Gruppen etwa über Kriminalität konstituieren?**

Ich würde zunächst relativieren: Entweder sind alle kriminell oder niemand. Eine Untersuchung hat errechnet, wie die Chancen von Menschen in Österreich stehen, bis zum 69. Lebensjahr einmal verurteilt zu werden. Bei Männern sind es immerhin 59 Prozent, die einmal strafgerichtlich verurteilt wurden. Heißt das jetzt, dass sie kriminell sind? Es gibt sehr häufig Menschen, die gegen strafrechtliche Normen verstoßen, dadurch kriminell handeln, deswegen aber noch lange nicht kriminell sind. Es kann sich um Familienmitglieder oder BerufskollegInnen handeln, aber ihre Identität bestimmt sich sicherlich nicht über strafrechtliche Normverletzungen, sondern hat viele Gesichter. Insofern ist es schwer, jemanden über Kriminalität zu definieren. Oft entstehen kriminelle Handlungen allein deshalb, um einen angesehenen oder ehrbaren Status zu erhalten. Viele begehen auch einen guten Teil der Kriminalität aus Überanpassung, weil sie sehr auf gesellschaftlich anerkannte Normen verpflichtet sind.

**Das wäre zum Beispiel, Besitz zu haben?**

Auch, das Gesicht nicht zu verlieren. Beispielsweise, um in Beziehungen nicht zu versagen. Niemand will als der Verlassene dastehen. Daraus entstehen eine Menge teilweise sehr gewaltsame Familiendelikte. Das bezieht sich also nicht nur auf den Eigentumsbereich. Zum „Thema Ausländer“ meine ich, man darf die Augen vor aktuellen Entwicklungen nicht verschließen. Heute sind 45 Prozent der Gefangenen AusländerInnen, früher waren es sieben Prozent. Das sind be-

achtliche Zahlen, die einerseits eine Auffälligkeit von Fremdenkriminalität aufweisen, andererseits aber eine unterschiedliche Verarbeitung dieser Fakten. Quantitativ auffällig sind im Wesentlichen Vermögensdelikte von Personen aus osteuropäischen Ländern sowie Drogendelikte von Personen überwiegend westafrikanischer Herkunft, die angezeigt werden. Das deutet in erster Linie auf die Existenz schwarzer Märkte, also auf eine informelle Ökonomie hin, an der Leute beteiligt sind, die in der formellen Ökonomie keine Aufnahme finden. Das sind Beispiele prekärer Existenzen, in einer Gesellschaft, in der das Fremdenrecht es schwer macht, einen Fuß in das Land zu setzen.

**Welche Funktion erfüllt dabei die Kriminalisierung von „Fremden“ für eine Gesellschaft? Es gibt in der Soziologie Strömungen, die darin eine für die Mehrheitsbevölkerung integrative Funktion sehen, Gruppen durch abweichendes Verhalten auszuweisen – in diesem Fall durch Kriminalität.**

Ja. Diese Personen übernehmen aber auch ganz reale Funktionen ein. Die Versorgung des Drogenmarktes zum Beispiel. Das ist anders gewendet auch eine Leistung, die wie andere Schmutzarbeiten von wenigen sonst erledigt würde. So wie GastarbeiterInnen früher in unattraktiven Jobs tätig waren, sind es hier andere Jobs, in die MigrantInnen einspringen. Von der Polizei erwischt werden dabei meist die „Streerunner“ und nicht die Bosse.

**Das würde heißen, dass ein gestiegenes Interesse an Kriminalität mit gestiegenen Risiken der Existenz im Lebensraum zu tun hat?**

Prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Ich sehe es als spannenden Umstand, dass die-

se neuen Kriminalitätsformen von „Fremden“ tatsächlich das Wachstum eines informellen ökonomischen Sektors in unserer Gesellschaft verkörpern. Sie erscheinen als Vorbote einer Zukunft, in welcher der wohlgeordnete, gesicherte staatliche Bereich immer mehr schrumpft.

**Eine Forderung an die Politik lautet, systematisch mehr Daten zu erheben. Sollte sich das eine NGO auch wünschen, die die Rechte gesellschaftlich marginalisierter Menschen im Blick hat?**

Man braucht sich ja nicht vor Transparenz fürchten. Wenn man die Dinge genau unter die Lupe nähme, käme genug an Fakten zu Tage, die einer Menschenrechtsorganisation helfen würden.

**Also mehr Möglichkeiten, Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen?**

Hintergründe sind viel zu wenig bekannt. Fälle über angewandtes Fremdenstrafrecht oder eben „Fremdenstraf-Unrecht“ publik zu machen, sind Verdienste von Organisationen wie SOS Mitmensch. Es wäre aber auch interessant, über diese Einzelfälle hinausgehen und zu systematischeren und wissenschaftlichen Ergebnissen zu kommen. \_\_\_\_\_

Arno Pilgram ist stellvertretender Leiter des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie (IRKS)

# DAS GROSSE SCHUBHAFT-RÄTSEL

DIE SUCHE GEHT WEITER: DAS NEUE FREMDENRECHTSPAKET BEGÜNSTIGT DIE AUFNAHME VON SCHUBHÄFTLINGEN. EINE MODERATE METHODE FÜR „AUSLÄNDERINNEN“, IN ÖSTERREICH ZU EINER ORDENTLICHEN UNTERKUNFT UND WARMEN MAHLZEITEN ZU KOMMEN. FÜR DIE FREILICH SIE SELBST ODER VERWANDTE AUFKOMMEN MÜSSEN UND DIE FREILICH AUCH NUR MANCHMAL ORDENTLICH UND WARM AUSFALLEN. WENN SIE DER VERLUST VON FREIHEIT UND WÜRDE NICHT STÖRT, IST DAS ABER DURCHAUSS EINE ALTERNATIVE. Von Melanie Ossberger

EIN KURZES BRIEFING FÜR ANWÄRTERINNEN:

## 1 WELCHE VORAUSSETZUNGEN MUSS MAN ERFÜLLEN, UM IN DIE SCHUBHAFT AUFGENOMMEN ZU WERDEN?

- A Mittellose, männliche Nicht-EU-BürgerInnen haben die besten Chancen.
- B Kriminell sein oder auch nicht.
- C AusländerIn sein ist Pflicht.

## 2 WO KANN MAN SICH BEWERBEN?

- A Für AfrikanerInnen eignen sich die Wiener U-Bahn-Stationen besonders gut.
- B Asylamt, Flüchtlingslager, Standesamt, ...
- C Es besteht eigentlich immer Bedarf an Sündenböcken. Man wird gefunden.

## 3 WAS MUSS MAN TUN, UM EINEN PLATZ ZU BEKOMMEN?

- A Die Auswahl kann recht willkürlich sein. Niemand weiß so genau, was man eigentlich dafür tun muss ...
- B Die Hoffnung auf (ein besseres) Leben nicht aufgeben, die eigene Heimat samt FreundInnen und Verwandten hinter sich lassen, eine beschwerliche Reise auf sich nehmen, die Grenze unbemerkt passieren.
- C Österreich gern haben und hier leben wollen.

## 4 MUSS MAN ETWAS ANGESTELLT HABEN?

- A Nein.
- B Ein Verdacht sollte schon vorliegen ... zumindest ein ganz, ganz kleiner. Aber so was findet sich ja immer schnell.
- C Armut ist auch ein Verbrechen.

## 5 WAS STEHT MIR ALS SCHUBHÄFTLING ZU?

- A Ein eigener kleiner Raum, in dem ich vor der Außenwelt geschützt bin.
- B Ein sorgenfreies Leben: keine Rechtsberatung und keine Aufklärung darüber, warum Sie hier sind.
- C Ernährung – auch wenn Sie gar nicht wollen.

## 6 WIE KANN ICH DAS VERHÄLTNISS BEENDEN?

- A Sie geben die Hoffnung auf (ein besseres) Leben auf und kehren zurück.
- B Eventuell nach zwei Monaten oder sechs oder vielleicht auch nach zehn Monaten wird es beendet.
- C Vorher: keine Chance.

## 7 WAS KOMMT DANACH?

- A Wenn man Sie lange genug eingesperrt hat, der Öffentlichkeit vermittelt hat, dass Sie ein Krimineller sind und Ihren Willen gebrochen hat, werden Sie nicht mehr gebraucht. Sie können nach Hause gehen.
- B Sie sind frei, bekommen eine Entschädigung, einen österreichischen Pass, das Bundesministerium für Inneres entschuldigt sich für Ihre Behandlung als Kriminellen, lässt Ihre Familie nachziehen und schenkt Ihnen ein Häuschen im Grünen – freilich nur, wenn sich herausstellt, dass Sie eigentlich ein überaus begabter Fußballer, Tennisspieler oder Marathonläufer sind.
- C Der Kreislauf beginnt von vorne.

Um der österreichischen Legislative die Peinlichkeit zu ersparen, werden die (gesetzlich) richtigen Antworten nicht angegeben.

# RASSISMUS STREICHEN



## RASSISMUS STREICHEN Pickerl

Bitte senden Sie mir 20 Stück rückstandsfrei ablösliche Abziehbilder in der Größe 20x21cm per Nachnahme an die Anschrift, die ich rechts im Adressblock eintrage:

- zum Selbstkostenpreis von 10 Euro
- zum Solipreis von 20 Euro

# MOMENT



## MOMENT Abo

Bitte senden Sie mir jährlich 4 Ausgaben der Gazette für Menschenrechte. EmpfängerIn trage ich rechts in den Adressblock ein. Falls sich die Rechnungsadresse unterscheidet, steht sie hier:

---



---



---

- Förderabo, 80 Euro
- Normalabo, 40 Euro
- Selbstkostenabo, 8,80 Euro

# SOS MITMENSCH

\_\_\_\_\_ BANKINSTITUT

\_\_\_\_\_ BANKLEITZAHL                      \_\_\_\_\_ KONTONUMMER

\_\_\_\_\_ GEBURTSDATUM

- MONATLICHER BETRAG
- 5 EURO       15 EURO       25 EURO
  - ANDERER BETRAG    \_\_\_\_\_ EURO

## MITGLIED WERDEN

O Ja, ich werde förderndes Mitglied von SOS Mitmensch und unterstütze regelmäßig die Arbeit für Menschenrechte. Ein Widerruf der Einzugsermächtigung ist jederzeit ohne Angabe von Gründen möglich.

\_\_\_\_\_ VORNAME, NAME

\_\_\_\_\_ E-MAIL

\_\_\_\_\_ STRASSE, HAUSNUMMER

\_\_\_\_\_ PLZ, ORT

\_\_\_\_\_ DATUM                      \_\_\_\_\_ UNTERSCHRIFT

Bitte gut leserlich in Blockschrift ausfüllen. Sämtliche persönliche Daten werden streng vertraulich behandelt und werden von uns nur zum Zweck Ihrer Information benützt.



per Post **SOS Mitmensch**  
Postfach 220, 1070 Wien

per Fax **+43.1.524 99 00-9**  
per Telefon **+43.1.524 99 00**

# P(H)S

STREIFZÜGE DURCH SOS MITMENSCH MIT  
PHILIPP SONDEREGGER



→ Poolbar-Festival in Vorarlberg. In einem alten Hallenbad in Feldkirch organisieren Kulturbegeisterte jährlich fünf Wochen Programm. Neben anderen Schmankerln wurde der Dokumentarfilm **Operation Spring** von Angelika Schumacher und Tristan Sindelgruber gezeigt. Ich war eingeladen, nach Ende des Films mit dem Publikum zu sprechen. Die Reaktion des Publikums in Feldkirch – Empörung und blankes Entsetzen – hat mir die Koordinaten wieder einmal zurechtgerückt. In der Bundeshauptstadt ist es in der Causa OSP ruhig geworden. Der öffentliche Druck, den das Anlaufen des Films auslöste, ist verpufft. Involvierte Menschenrechtsgruppen haben sich dem nächsten Tagesordnungspunkt zugewandt. Während hier die Kino-BesucherInnen fassungslos sind. Ihnen war nicht zu vermitteln, warum ein derart schreiendes Unrecht auch neun Monate nach Erscheinen des Films keine sichtbaren und ausreichenden Konsequenzen auslöste.

Ganze 35 verhetzende Beschmierungen listet der Verfassungschutzbericht 2006 im Kapitel Rechtsextremismus auf. Mit der Aktion „Rassismus streichen“ haben wir allein während der vergangenen Monate über **500 rassistische Beschmierungen dokumentiert**. Wir wollten verhindern, dass auch diese von der Exekutive übersehen werden und brachten ein Paket mit 500 Sachverhaltsdarstellung ins Innenministerium. Die Exekutive

wäre verpflichtet, verhetzende Schmierereien „amtswegig“, das heißt von sich aus, wahrzunehmen. Aber ein wenig Hilfsbereitschaft schadet sicher nicht.

**Wie der Zufall so will.** Bereits im Frühjahr zeichneten sich die verheerenden Auswirkungen des neuen Fremdenrechtspakets auf die Schubhaft-Situation ab. Doch konzertierter Protest der Flüchtlingsorganisationen ließ auf sich warten. Vernichtende Berichte des Menschenrechtsbeirats und des Europarates lagen vor. Ohne die großen Organisationen als TrägerInnen des Protestes fehlte freilich das nötige Medieninteresse. Dort betrachtet man die Nachrichten von den ständigen Verschlechterungen mittlerweile als abgefrühstückt. In der Vergangenheit konnte die Konjunkturflaute für unsere Themen mit dem Auftritt menschenrechtbewegter KünstlerInnen angekurbelt werden. Doch diesmal waren die angefragten SchauspielerInnen und MusikerInnen nicht für einen gemeinsamen Termin zu koordinieren.

Mit M. einigte ich mich dann, in jedem Fall eine Aktion zu machen und einfach mit ein paar befreundete FlüchtlingshelferInnen und MenschenrechtsbeobachterInnen in einem Käfig vor dem Schubhäftin Bescheide zu lesen. Kein besonders origineller Plan. Doch der Zufall spielte mit. Gerade zu der Zeit – es war Anfang Juli – begannen die RedakteurInnen der ZiBs ihrem Chefredakteur Wer-

ner Mück wieder kritische Berichte vorzuschlagen, um zu dokumentieren, wie Mück eine unbequeme Berichterstattung über die Regierung verhinderte. Doch Mück ließ sich nicht erwischen. So kam es zum ersten kritischen Schubhaft-Bericht seit In-Kraft-Treten des verschärften Gesetzes. Und dieser brachte das Problem sehr gut auf den Punkt: die BeamtInnenenschaft bemüht sich meist sehr, aus der nicht vorhandenen Infrastruktur das Beste zu machen. Aber eine Haftanstalt ist einfach kein Platz für Flüchtlinge.

Es war eine Idee des Fremdenrechtsjuristen Sebastian Schumacher, der immer wieder von Medien über die neue Gesetzeslage befragt wurde. Sein Befund: JournalistInnen verfügen oft über ein beachtliches Spezialwissen. Um dieses für den kommenden Wahlkampf zu systematisieren, regte er ein **Intensiv-Seminar Fremdenrecht** an, das er kostenlos abhalten würde, sollte SOS Mitmensch es organisieren.

In der Pressestunde hatte Westenthaler gerade die Behauptung wiederholt, 40 Prozent der AsylwerberInnen seien kriminell, ohne dass die JournalistInnen mit der Wimper zuckten. Deshalb hielten wir so ein Seminar für eine gute Idee. Ein Termin war rasch gefunden, an der Alten Donau reservierten wir ein lauschiges Plätzchen im Strandrestaurant. Als Seminarstoff war ein kurzer Überblick geplant, gefolgt von einem Teil nach Bedarf. So sollte den JournalistInnen eine maßgeschneiderte Vorbereitung auf die Intensiv-Phase des Wahlkampfes geboten werden. Doch das Angebot schien nicht die Bedürfnisse der RedakteurInnen zu treffen. Lediglich eine Handvoll JournalistInnen fand sich ein. -----

**ANDERE ÜBER SOS MITMENSCH. VIELE MENSCHEN GLAUBEN SIE ERSPARTEN SICH DURCH ABSCHIEBUNGEN, VISA-REGELUNGEN, ETC. DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT MENSCHEN AUS ANDEREN KULTURELLEN TRADITIONEN. ICH GLAUBE, DASS DIE ENTWICKLUNG EINES WELTETHOS DIE ANTWORT SEIN MUSS. ERHARD BUSEK**

## **MENSCHENRECHTE – IMMER AKTUELL?**

→ Demokratie ohne Öffentlichkeit ist nicht möglich. Diktaturen greifen immer zuerst nach jenen Gruppen, die sich für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger einsetzen, weil sie in ihnen die schärfsten Kritiker vermuten – und das mit Recht. Auch Regierungen, die autoritäre Züge in Demokratien einbringen, gehen denselben Weg. In Russland etwa hat man die Rechte von NGOs eingeschränkt und versucht sie zu kontrollieren, weil sie jeder Regierung unangenehm sein können. Unsere Zeit hat ein ergänzendes Element gefunden: der Kampf gegen den Terrorismus. Selbstverständlich hat er eine ungeheure Aktualität, doch ist er vielfach auch eine Gelegenheit für Politiker, den freien Spielraum der Menschen einzuschränken. Wir haben uns zwar angewöhnt, ganz selbstverständlich von der „Civil Society“ zu reden, was sie aber eigentlich ausmacht, ist manchmal reichlich unbestimmt und oft auch sehr fraglich. Dazu kommt noch, dass die intensive mediale Öffentlichkeit unserer Zeit dazu führt, dass es auch Ermüdungserscheinungen gibt. Wieviele sagen doch: „Das habe ich ohnehin schon gehört“, „Schon wieder kommen Sie mit denselben Feststellungen“, etc. Mag sein, dass manchmal auch NGOs Prioritäten nicht richtig setzen können und alles mit gleicher Wichtigkeit vertreten, wenn gleich doch klar ist, dass es unterschiedliche Gewichtungen gibt.

Von Aristoteles stammt der Satz: „Die Demokratie ist so stark wie die Stimme ihres Herolds.“ Diese Erkenntnis ist auf dem Marktplatz von Athen gewachsen, wo nur der, der sich laut und vernehmlich verständigen konnte, eine Chance hatte, die Menschen zu erreichen. Das gilt auch für heute. Zunehmend sind im Lärm der Medien leise und nachdenkliche Stimmen nicht mehr gefragt. Dort, wo es aber um subtile Herausforderungen für die Einhaltung der Menschenrechte geht, sind manchmal auch leise Töne gefragt, die durch die lauten der Populisten übertönt wer-

den. Der Neuigkeitseffekt ist im Zeitalter der Event-Kultur ein ebenso gleiches Element, das man nicht unterschätzen kann.

Darin besteht eine Herausforderung für NGOs, die sich eigentlich auch überlegen müssten, Strategie und Taktik zu ändern. Es wird heute nicht mehr genügen, Briefe und E-Mails zu versenden, informell zu plakatieren, Events zu organisieren. Es ist dringend notwendig, sich im Erziehungsbereich einzusetzen, der nicht nur Lehrer und Schulen erfasst, sondern ganz sicher auch im medialen Bereich angebracht ist. Es wird über die Relevanz der Medien zu wenig gewusst. Die Geschichte der Menschenrechte und ihre Entwicklung ist auch nicht hinreichend bekannt. Es bedarf auch nicht nur der klingenden Namen, weil die Versuchung derer, die die Öffentlichkeit brauchen, auch darin besteht, sich für Fragen zu engagieren, die ihnen zwar Öffentlichkeit bringen, die aber von den Wertmaßstäben her nicht immer die Bedeutung haben. Wer nun aller schon bei einem Life Ball, bei Olympiaden und anderen Großveranstaltungen etc. auftritt, ist ein solches Zeichen der Beliebigkeit, die an sich den Kampf um die Menschenrechte in ein eigenartiges Licht bringt.

Ein weiteres Moment ist auch die Tatsache, dass viele glauben, dass etwa Abschiebungen, Visa-Regelungen, Verweigerung von Arbeitsrechten etc. ja ihren eigenen Menschenrechten dienen. Damit wäre der Arbeitsplatz nicht gefährdet, die Umgebung bliebe angenehmer, man ersparte sich die Auseinandersetzung mit Menschen, die in anderen kulturellen Traditionen stehen. Die Liste der Argumente ließe sich beliebig fortsetzen. Persönlich glaube ich, dass die Entwicklung eines „Weltethos“ die mittel- und langfristige Antwort sein muss. Das entsteht nicht von heute auf morgen, muss aber sicher heute begonnen werden. Das allerdings kann nur gelingen, wenn man Verbündete sucht. Wer kann das sein? Selbstverständlich Kirchen und Religionsgemeinschaften, wenn sie primär

diese Werthaltungen vertreten, natürlich Literaten und Wissenschaftler, selbstverständlich Medienleute und Künstler – all jene, denen man eine gewisse Sensibilität wohl abverlangen kann. Damit die Stimmen gehört werden, bedarf es einer ständigen Veränderung. Es wird notwendig sein zu experimentieren, immer wieder den Versuch zu wagen, denn auch immer wieder sind Menschenrechte gefährdet. Das beginnt zweifellos auch im Kleinen. Es gibt die Tendenz zu sagen, bei uns ist ohnehin alles in Ordnung. Blicken wir aber in Länder, wo es viel schwieriger ist und in Gesellschaften, die unter ganz anderen Herausforderungen stehen. Wenn es einmal geheißen hat: der Friede beginnt im eigenen Haus, so kann man das noch eher für die Menschenrechte sagen. Es wäre interessant zu überprüfen, wie der Umgang der Menschen bei uns ist. Wo tritt Brutalität auf, die ganz sicher nicht allein mit Gesetzen geregelt werden kann. Wenn wir beim Richter landen, ist es eigentlich zu spät. Sie beginnt in den Umgangsformen, in der täglichen Kultur. Es muss gelingen, die Menschenrechte als eine Aufgabe der Kultur darzustellen. Kultur will doch jeder haben, oder? Das alles ist eine Aufgabe ohne Ende, aber ist das ein Grund zum Verzweifeln? Nein, denn die Würde des Menschen ist vom Höchsten! .....



**Erhard Busek**  
Sonderkoordinator  
des Stabilitätspaktes  
für Südosteuropa

Foto Lisa-Marie Gotsche

# Raiffeisen



Die Wiener  
Volkshochschulen

www.vhs.at | Wir wissen weiter.



bezahlte Anzeige

© iStock

**[NIMM DEINE ZUKUNFT IN DIE HAND!]**

## Für Ihre berufliche und geistige Fitness!

Die neuen Kursprogramme für das Herbstsemester sind da. In 18 Wiener Volkshochschulen können Sie aus über 13.000 Kursen aller Fachrichtungen auswählen. Das Herbstsemester beginnt am 2. Oktober. Jetzt einschreiben! Informationen direkt bei den Wiener Volkshochschulen, unter [www.vhs.at](http://www.vhs.at) oder am Bildungstelefon unter: 01/893 00 83.



[www.vhs.at](http://www.vhs.at)

 01/893 00 83